



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreigespaltene Petitzeile 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Die Entscheidung; anschließend die dreitägigen Verhandlungen des Außerordentlichen Verbandstages.

Beilage: Vierter Verhandlungstag. — Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Die Lage der arbeitenden Klassen und der Schutz der Arbeitswilligen. (I.) — Rundschau.

Für die Woche vom 3. bis 9. März 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 10 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die Entscheidung.

Der Außerordentliche Verbandstag, der am Donnerstag, den 22. Februar, im Berliner Gewerkschaftshaus zusammentrat, hat nach dreitägigen eingehenden und teilweise sehr scharfen Auseinandersetzungen mit der Annahme folgender Resolution sein Urteil gefällt:

Der außerordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ist der Überzeugung, daß der letzte Tarifabschluß in Berlin eine Lebensfrage für den gesamten Verband war. Da durch außergewöhnliche Verhältnisse gezwungen, der Hauptvorstand — statt Berliner Tarifkommission — diesen Tarif unterschriftlich sanktionierte, spricht der Verbandstag dem Hauptvorstande, insbesondere der Kollegin Thiede und dem Kollegen Bucher, sein Vertrauen aus. Das Vorgehen der Berliner Ortsverwaltung jedoch müssen die anwesenden Delegierten auf das allerhöchste mißbilligen, weil dieses Vorgehen geeignet war, unberechenbaren Schaden für die gesamte Organisation hervorzurufen, dessen Folgen sich mehr in der Provinz als in Berlin bemerkbar gemacht hätten.

Die ganze Art, wie die anerkanntswerte Tätigkeit des Hauptvorstandes durch die Berliner Tarifverhandler, besonders aber durch deren Leiter August Moritz, in den Schmutz gezogen worden ist, spricht dafür, daß die Situation bewußt heraufbeschworen worden ist. Aus diesen Erwägungen heraus halten die Delegierten ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen Hauptvorstand und der derzeitigen Berliner Ortsverwaltung nicht für ge-
eignetlich.

Die Delegierten richten an die Berliner Freunde die Bitte, im Interesse des gesamten Verbandes, sowie in Rücksicht auf die vorherrschende Macht des Kapitals und die zunehmende Erstarkung der Unternehmerorganisation, die Einigkeit in unseren Reihen nicht zu führen und jeden dahingehenden Versuch auf das entscheidendste zurückzuweisen.

Nur durch Einigkeit zur Einheit! Denn ohne Einheit ist eine Besserstellung unserer Lebenslage nicht möglich.

Damit ist der heiße Streit über die prinzipielle Seite der bisherigen Tarifpolitik unseres Verbandes endgültig entschieden, damit ist die Haltung des Verbandsvorstandes in der Tarif-

frage sanktioniert und ein geradezu vernichtendes Urteil über die Konspiratoren, die seit Wochen gegen den Verbandsvorstand hetzten und damit die Einheit und Geschlossenheit des Verbandes auf das empfindlichste gefährdeten, gesprochen.

Es war zu erwarten, daß der Außerordentliche Verbandstag 1912 nicht den Verbandstag in Bremen 1910 in der Tariffrage desavouieren wird; um so mehr, als die Tarifgegner nicht in der Lage waren, mit sachlichen Gründen den Wert unseres Tarifwesens aus der Welt zu reden. Und das zeigte sich am besten bei der Stellungnahme der einzelnen Verbandsstagsdelegierten zu der Streitfrage. Nicht eine einzige Stimme konnten die Gegner des Tarifabschlusses vom 18. Dezember und des Berliner Abschlusses vom 3. Januar durch ihre Ausführungen für sich gewinnen, obwohl man ihnen die redlichste Mühe, die sie sich gegeben haben, nicht absprechen kann. Im Gegenteil, sie haben von den durch wochenlange Bearbeitung in Wanderversammlungen und geheimen Konferenzen, in denen der Kammergeschacher für den Fall der Beseitigung der jetzigen Verbandsleitung keine geringe Rolle spielte, von den mühevoll und unter schweren materiellen Opfern der Berliner Urklasse aufgebrauchten 22 Stimmen noch 3 verlieren müssen. Die Entscheidung des Verbandstages wurde mit 25 gegen 19 Stimmen gefällt. Gewiß keine überwältigende Majorität — aber wer das Zustandekommen der verhältnismäßig starken Minorität kennt, für den können diese 19 Stimmen bei der Beurteilung der Frage nicht in die Waagschale fallen. Das eine steht fest: Jene 25 Delegierten, die dem Verbandsvorstand ihr Vertrauen votierten, sie haben die am Verbandstag gehörten Gründe und Gegengründe reiflich abgewogen, ehe sie ihr Urteil sprachen, dagegen kann die übergroße Mehrzahl der auf der Gegenseite Gestandenen von sich das nicht behaupten. Für sie gab es auf dem Verbandstag nichts neues mehr zu hören, ihre Meinung war fertig, als sie das Tagungstotal betraten!

Diese Feststellung mag manchen von denen, die sich getroffen fühlen, nicht angenehm in den Ohren klingen, aber wir haben keine Ursache, jetzt, wo unsere höchste Instanz reinen Tisch gemacht hat, über solche im Gewerkschaftsleben einzig dastehenden Vorkommnisse zu schweigen, weil wir die Hand zu einem „faulen Frieden“, der in dem Abstimmungsverhältnis erblickt werden könnte, nicht bieten dürfen. Unsere Mitglieder haben ein Recht darauf, zu erfahren, wer ihre Interessen fördert und wer sie schädigt, sie haben aber auch das Recht, von denen, die ihr Vertrauen genießen, sie bei so wichtigen Tagungen zu vertreten, zu verlangen, daß sie sich von allen Conventikeln fernhalten, in denen ihre Meinung „gemacht“ und ihre Stellungnahme festgelegt wird. Mögen die Mitglieder sich Rechenschaft geben lassen. —

Welche Gefahren den Verband bedrohten durch das künstlich geförderte Umfriedgreifen jener destruktiven Regungen, unter denen wir seit Wochen zu leiden hatten, das zeigte sich bei dem Urteil derjenigen, die sich mannhaft frei zu halten

wußten von allen persönlichen Einflüsterungen und ganz besonders bei den Äußerungen derer, die uns ferne stehend wohl in der Lage waren, ein unbeeinflusstes objektives Urteil abzugeben. Wir verweisen hier auf die klaren instruktiven Ausführungen des Vorstehenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, die wir in dieser Nummer an anderer Stelle wörtlich wiedergeben. Es hieß die Wirkung dieser Darstellung der Situation, von der rechtlichen Seite und den gewerkschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen ausgehend, abgeschwächen, wollte man ihr auch nur ein Wort hinzufügen. Aber das eine muß gesagt werden: nach der Rede Legiens war den Opponenten die letzte, aber auch die stärkste Brücke gebaut, über die hinweg sie sich wieder auf demokratischen Boden hätten retten können, bevor es zu den äußersten Konsequenzen kommen mußte. Diese Brücke wurde nicht beschritten! Rechtliche und gewerkschaftliche Zweckmäßigkeitsgründe hatten für die Gegner des Verbandsvorstandes von allem Anfang an keine Bedeutung, sie wären höchstens in anderer Auslegung Mittel zum Zweck gewesen. Und so mußte es denn zur zahlenmäßigen Entscheidung kommen, die der guten Sache, dem ehrlichen geraden Vorgehen der Verbandsleitung den Sieg brachte und ihr durch das Vertrauen der Mehrheit die Weiterarbeit, auf dem bewährten Boden stehend, ermöglicht.

Der Verbandstag hat durch sein Verdikt bewiesen, daß alle Hinweise, namentlich von Unternehmenseite, auf die Tarifunruhe der Hilfsarbeiterorganisation leeres Gerede sind. Wenn auch durch die letzten Vorkommnisse die Meinung auftauchen konnte, daß so mühevoll aufgebaute Tarifgebäude könnte durch dies Vorgehen einer Handvoll Quertreiber wieder zertrümmert werden, so hat denn doch der Außerordentliche Verbandstag bewiesen, daß für jene Bestrebungen in unseren Reihen kein Platz ist. Und dann stehen wir mit solchen Erscheinungen auch nicht vereinzelte in der Arbeiterbewegung da. Wohl wenige Gewerkschaften sind von Krisen, die durch die Betätigung destruktiver Tendenzen heraufbeschworen wurden, verschont geblieben. Selbst der Buchdruckerverband hat manchen schweren Sturm in dieser Beziehung durchmachen müssen. Wenn sich bei uns die Lösung der Wirren ursprünglich schwieriger gestaltete, dann lag es an der schmutzigen Art, in der sich die Gegenströmungen äußerten. Nun aber Klarheit geschaffen ist, dürften Zweifel an dem festen Willen unserer Organisation, an der bisherigen Taktik festhalten zu können, kaum mehr auftauchen. Und dafür wird die Verbandsleitung mit jener Energie sorgen, die zu betätigen ihr durch die Konsequenzen möglich ist, welche aus den Verbandsstagsbeschlüssen von allen Seiten gezogen werden müssen.

Ueber den Gang der Verhandlungen erstatten wir nachstehenden ausführlichen Bericht:

Erster Verhandlungstag.

Donnerstag, den 22. Februar.

Vormittags-Sitzung.

Kollegin Thiede eröffnet den Verbandstag um 1/11 Uhr und begrüßt die vollzählig anwesenden Delegierten und Gäste.

Für das Präsidium werden zwei verschiedene Vorschläge gemacht.

Den von Neumeier-München eingebrachten, der eine völlige Neubesezung des Präsidiums vorseht, begründet Paul Herrmann-Dresden. Es handelt sich hier nicht um einen bloßen Konflikt des Verbandsvorstandes mit der Berliner Zahlstelle, sondern um eine Prinzipienfrage, an der die Mitglieder im ganzen Reich stark interessiert sind.

Der Vorschlag des Kollegen Otto Schulze-Leipzig wird mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Der Vorschlag Neumeier wird angenommen. Demnach besteht das Bureau aus den Kollegen Bleich-Berlin, 1. Vorsitzender; Paul Herrmann-Dresden, 2. Vorsitzender; Neumeier-München, Schriftführer.

In die Mandatsprüfungskommission werden einstimmig gewählt Dehmel-Berlin; Plumhoff-Hannover; Seidel-Leipzig; Löffler-Stuttgart; Klingst-Bautzen.

Auf Antrag der Kollegin Thiede ist die Redezeit eine unbeschränkte.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Unsere Tarifbewegung und der Tarifabschluss in Berlin.

Kollegin Thiede-Berlin: Der erste Tarif konnte in 20 Orten eingeführt werden. Trotzdem in unseren Reihen verschiedene Tarifgegner waren, wurde auf dem Verbandstag in Bremen einstimmig eine Resolution gefaßt, die den Ausbau des Tarifes forderte. In mehreren Gauleiterkonferenzen wurden die Anträge zu den „Allgemeinen Bestimmungen“ beraten. Die Prinzipale versuchten den Verhandlungstermin hinauszuschieben, bis wir endlich am 27. und 28. November v. J. zu Verhandlungen in Leipzig kamen. Dresden, Hannover hatten von Seiten der Prinzipale Verschlechterungsanträge eingebracht: Das Recht der Geschäftsleitung, die Maschinen zu besetzen; die Verlängerung der Arbeitszeit; der Arbeitsnachweiser darf keiner Organisation angehören; die Reduzierung der Ueberstundenzuschläge und dergl. mehr. Nach dem Scheitern der Verhandlungen haben auf einer gleich einberufenen Gauleiterkonferenz verschiedene unserer Vertreter, unter diesen auch Kollege Moritz, den Ausgang bebauert. In einer Aussprache mit Vertretern des Tarifamtes wurde unseren Vertretern, Thiede und Bucher, bedeutet und außer Zweifel gesetzt, daß eine Aufrechterhaltung des § 14, Verschlechterungen dürfen durch Einführung der „Allgemeinen Bestimmungen“ nicht eintreten, nicht möglich sei, aber die Zusage gegeben, daß für die drei großen Berliner Druckereien diese Sonderbestimmung bestehen bleiben soll. Durch Vermittlung des Tarifamtes kam es zu erneuten Verhandlungen am 18. Dezember v. J., deren Teilnehmer aber die Tarifkontrahenten in den Tarifstädten waren. Von 20 Städten waren zehn vertreten. Einstimmig wurde vor Eintritt in die Verhandlungen die Hauptsicht der Organisation anerkannt. Alle Teilnehmer erklärten sich zum Abschluß für legitimiert und erkannten an, daß das Tarifamt als Leiter der Konferenz und Vermittlungsinstanz den Vorschlag geben sollte, wenn eine Einigung nicht erzielt werden kann. Verschiedene Verschlechterungsanträge, u. a. auch die Streichung der Solidaritätsklausel, brachten die Prinzipale auch hier wieder ein. Sie wurden abgelehnt. Zu der Streichung des § 14 gab die Kollegin Thiede folgende Erklärung ab:

Nach der Bedeutung, die die Prinzipalvertreter der Streichung dieses Paragraphen beimesen, haben wir uns damit einverstanden erklärt, daß der § 14 gestrichen wird. Wir möchten nur hierbei dem Wunsche Ausdruck geben, daß die anwesenden Prinzipalvertreter

der Orte, mit denen wir ein Tarifverhältnis eingehen, auch nach Streichung dieses Paragraphen in loyaler Weise die Lohnfrage und auch die Arbeitszeitbedingungen behandeln mögen. Wir haben die Schwierigkeiten berücksichtigt, die entstehen, wenn der Paragraph aufrecht erhalten wird, möchten aber dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Streichung nicht dazu benutzt wird, das Minimum zum Maximum werden zu lassen, sondern gerade, weil wir erst bei Einführung des Tarifs stehen, in möglichst loyaler Weise diese Sache zu handhaben. Ferner anerkennen wir die Bemühungen des Herrn Geheimrat Bürgenstein und auch die Zusage der drei Vertreter der drei großen Berliner Druckereien, die unter § 14 nach seiner Streichung für diese Druckereien so anzusehen, als wenn er noch bestände. Wir möchten auch dem Wunsche Ausdruck geben, daß auch die Herren Vertreter aus Stuttgart und München in irgend einer Form versuchen möchten, auch in den dortigen maßgebenden Zeitungen ähnliche Zustände für unsere Kollegen herbeizuführen.

Die größte Schwierigkeit machte die Regelung der Lohnsätze. Es war nicht möglich, trotzdem wir es dringend wünschten, die Lohnregulierungen örtlich vorzunehmen. Mit 19 gegen 6 Stimmen wurde nach langen und erregten Debatten, an denen sich leider unsere Berliner und Münchener Vertretung fast gar nicht beteiligte, nachstehende Sätze angenommen:

Bis 12,—	Mt. Wochenlohn	12 1/2 % Zulage
über 12 bis 18	„	10 „
„ 18 „ 27	„	7 1/2 „
über 27,—	„	6 „

Die Vertreter Berlins und Münchens unterzeichneten das Beschlusprotokoll nicht und leiteten hieraus die Annahme ab, daß für sie die gefaßten Beschlüsse nicht bindend sind. In der nachfolgenden Gauleiterkonferenz erhoben sie heftige Angriffe gegen die Verbandisleitung, die Komödie gespielt und die Kollegenchaft verraten haben soll. Schmid-München reichte seine Kündigung ein. Die angenommenen Lohnsätze waren nach Ausspruch des Vorsitzenden Bürgenstein Minimalätze, die einer örtlichen Aufrundung unterzogen werden sollten. Zwei Tage nach der Konferenz äußerte sich Moritz, daß noch nicht alles verloren sei und man die Hoffnung noch nicht aufgeben brauche. Er war bereit, für Nachanleger den prozentualen Aufschlag zu streichen und für die anderen niedrigeren Löhne einen höheren Aufschlag zu erlangen. Die Berliner Vertreter hatten eine unverbindliche Aussprache mit den örtlichen Prinzipalen, in der eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Darauf blieben sie der offiziellen Verhandlung fern und ebenfalls der Verhandlung vor dem Tarifamt, dem sie schriftlich ihre Anträge einreichten. Das tat sie, ohne die Verbandisleitung vorher zu informieren. Die Prinzipale erklärten, sich dem Spruch des Tarifamtes fügen zu wollen. Die Vertreter des Verbandes erklärten sich, da ihnen die Anträge Berlins bekannt waren und die Gefahr vorlag, daß bei ihrer Weigerung die Anträge der Prinzipale Gesetz wurden, zur Verhandlung bereit. Das Resultat war die Annahme der Berliner Anträge mit Ausnahme von zwei Positionen, Anleger und Saalarbeiter. Eine spätere Mitgliederversammlung erkannte auch an, daß an dem Tarif in Bezug auf die Löhne nichts auszusetzen sei. Der Kollegenchaft wurde das Resultat durch den „Vorwärts“ bekannt gegeben. Dem Verbandsbureau ging am folgenden Tage die Nachricht zu, daß Moritz dem Vertrauensmann einer größeren Druckerei gefaßt haben soll, der Abschluß gehe sie nichts an, dazu hatte der Verbandsvorstand kein Recht, Berlin erkennen der Tarif nicht an und wenn es sich von der „Gesellschaft“, dem Verbands, trennen müsse. In der am selben Tage stattgefundenen kombinierten Vorstandssitzung nahmen die Vertreter der Generalkommission, der Gewerkschaftskommission und der anderen graphischen Verbände teil. Moritz machte hier die Geltung des Tarifs von der Zustimmung der Mitgliederversammlung abhängig und lehnte jede weitere Erklärung ab. Den Bericht in der Vertrauenspersonensitzung und in der Mitgliederversammlung gab Kollegin Thiede. Die Vorstandsvertreter wurden in beiden Zusammenkünften in gemelter Weise beschimpft. Die Ver-

liner Ortsverwaltung stützte sich auf eine irrtige Rechtsauskunft eines bekannten Juristen, der nicht genügend informiert worden war und diese Auskunft nachher auch als unrichtig zurückzog. Auch hieron wurde den Mitgliedern Kenntnis gegeben, die aber einen aus der Versammlung kommenden Antrag annahm, keine Beiträge bis zur Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages mehr an die Verbandskasse abzuführen. Dem Spruch einer unparteiischen Kommission wollten sie sich nicht fügen. Der Tarif wurde jedoch von Moritz in der folgenden Vertrauenspersonensitzung zur Annahme empfohlen. Einem Mitgliede des Verbandsvorstandes, Obmann von 20 Vertrauensleuten, wurde vorher der Saal vertrieben. Die Deffentlichkeit wurde durch die „Solidarität“ informiert. Kollege Moritz reiste in Deutschland herum und referierte in verschiedenen Städten, um Anhänger für sich zu gewinnen, sandte ihnen auch zu diesem Zweck das Berliner „Mitteilungsblatt“ zu. Wie günstig auch für Berlin ein Tarif wirkt, geht aus dem Abschluß von 36 eigentlich nur ungefähr 25 Hausverträgen vor, die es früher hatte. Der größte Teil der Berliner Mitglieder hatte also ohne Tarif keine gesicherten Verhältnisse. Die Gehilfenvertreter erklärten vor dem Tarifamt, der Tarif besteht in Berlin zu Recht und sie müßten selbst für seine Aufrechterhaltung Sorge tragen. Der Verbandstag — so schloß die Rednerin — hat nun zu entscheiden, ob wir berechtigt waren, den Tarif abzuschießen. Wir meinen, wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, denn der Abschluß des Tarifs war notwendig, um eine Schädigung von der Berliner Kollegenchaft und der Organisation abzuwenden. Auch die Vertreter der Gehilfenchaft haben erklärt, daß sie unseren Tarif als zu Recht bestehend betrachten und für Ruhe und Ordnung in den Betrieben sorgen werden, wenn die Hilfsarbeiter sich gegen den Tarif wenden. Ich wünsche nicht, daß ich noch einmal in eine solche Situation, wie diese kommen werde. Sollte es aber der Fall sein, dann würde ich ebenso hand., wie ich diesmal gehandelt habe. Der Verbandstag möge daraus seine Konsequenzen ziehen. (Beifall.)

Mittagspause.

Nachmittags-Sitzung.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattet Plumhoff-Hannover. Die Kommission beanstandet das Mandat Stichert-Stettin, weil der Vorschlag zur Delegation nicht in der Versammlung, sondern im Vorstand erfolgt ist und beantragt, das Mandat des Kollegen Lötter-Elberfeld für ungültig zu erklären.

Kollegin Thiede bemerkt hierzu, daß der Vorstand und die Vertrauensleute in Stettin den Kollegen Stichert vorgezogen haben. Die Versammlung erklärte sich einstimmig mit diesem Vorschlag einverstanden.

Lötter-Elberfeld: Wir konnten keine Stichwahlversammlung mehr zusammen bekommen und haben daher die Wahl in den Betrieben vornehmen müssen.

Stichert schreibt den Wahlprotest dem Einflusse des Kollegen Moritz zu, der in der betreffenden Wählerversammlung anwesend war.

Der Verbandstag erklärt das Mandat von Stichert für gültig, dagegen das Mandat Lötter für ungültig. Lötter sowohl, als auch sein Gegenkandidat Krumpfort-Köln nehmen als Gäste an den Verhandlungen teil.

Die Mandate folgender Delegierter werden für gültig erklärt: Klingst-Bautzen, Baumgarten, Bleichschmidt, Bleich, Demehl, Glöth, Moritz, W. Schulze und Teske-Berlin, Reinhold-Breslau, Franz Herrmann und Paul Herrmann-Dresden, Czempin = Frankfurt, Scheibe = Halle, Glarner und Lohse-Hannover, Plumhoff und Sparkuhl = Hannover, König, Preßschmar, D. Schulze und Seidel-Leipzig, Bauer, Langhauser, Neumeier und Schmid-München, Reckling und Stumpf-Münster, Löffler und Berner = Stuttgart, Schneider = Erfurt, Müller = Mainz, Stiefel = Mannheim, Streicher = Karlsruhe, Wolff = Straßburg, Lehmeier = Augsburg, Griffel = Altenburg,

Löpel = Magdeburg, Köhler = Zittau, Sparenberg = Braunschweig, Sichert-Stettin, Boffe = Bremen, Behrendt = Danzig. Der Verbandsvorstand war vertreten durch Thiede, Lobahl, Hanna, Hornke, Korn und Schulze; die Revisionskommission durch Schmidt und die Redaktion der „Solidarität“ durch Bucher.

Als Gäste waren erschienen für die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Legien, für den Verband der Deutschen Buchdrucker Döblich, für den Deutschen Buchbinderverband Kloth, für den Verband der Lithographen und Steinbrüder Sillier, für den Reichsverein der Buchdrucker = Hilfsarbeiter Oesterreichs Schummeier = Wien, für den Oesterreichischen Genesfelder = Bund Mühlberger = Wien, für die Berliner Gewerkschaftskommission Ritter und Buchl und für den Gauvorstand der Berliner Buchdrucker Massini.

Darum wird in die Verhandlungen eingetreten. Es erhält das Wort

Moritz = Berlin: Auf dem Bremer Verbandstage waren alle Redner, die zu dem Tarif sprachen, der Ansicht, wir wollen keinen Tarif unter allen Umständen, sondern nur mit wesentlichen Verbesserungen. Es ist anders gekommen. Die Gauleiter arbeiteten eine vernünftige Vorlage aus, wurden aber von den Unternehmern fortgesetzt hingehalten. Sie schoben den Verhandlungstermin immer wieder hinaus, bis es dann endlich zu Verhandlungen kam, die aber deutlich zeigten, auch aus den Anträgen der Prinzipale ging das hervor, daß sie gar keinen Tarif mit den Hilfsarbeitern haben wollten. Der § 14 ist gar keine so große Belastung der Prinzipale, denn in einem eingeforderten Gutachten des Tarifamtes heißt es, der § 14 gilt nicht für die Dauer, sondern nur für die Einführung des Tarifs. In der folgenden Gauleiterkonferenz äußerte ich deshalb meine Bedenken, weil die großen Berliner Zeitungsbetriebe große Schädigungen in einer tariflosen Zeit von den Prinzipalen zu befürchten haben. Am 3. Dezember fragte Bucher, ob der Vorschlag Würensfeins, für die drei großen Zeitungsbetriebe den § 14 bestehen zu lassen, für Berlin gangbar wäre. Die Antwort mußte bejaht werden. In der Gauleiterkonferenz kam dann die Mitteilung davon, daß die Prinzipale einen Zentraltarif haben wollen. Aber niemand wußte, wie der zustande kommen sollte. Gegen eine Ueberstimmung der großen Druckorte von den kleinen Provinzorten wurde damals schon von Berliner Seite Vertahrung eingelegt: ein so zustande gekommener Tarif kann für Berlin keine Geltung haben. Das Fehlen des § 14 und die Vermittlung des Tarifamtes, ebenfalls die Regelung der Löhne, war Vorbedingung bei den Tarifverhandlungen, mit dem Verbandsvorstand vorher vereinbart, und doch ist davon auf der Gauleiterkonferenz kein Wort den Vertretern gesagt worden. So kam der Tarif zum Abschluß. Die Auseinandersetzung am anderen Tage mit dem Verbandsvorstand war noch nicht scharf genug, sonst hätten die Vorstandsvertreter am 3. Januar das nicht gemacht. Die Prinzipale wollten die Löhne wohl abrunden, aber auch nach unten abrunden. Auf unsere Vorschläge gingen sie in der unverbindlichen Aussprache nicht ein, sie wollten keinen bindenden Beschcheid geben und forderten von uns statistische Erhebungen ein. In der Ortsvorstandssitzung wurde im Beisein der Lohnkommission nach der erfolgten ablehnenden Antwort der Prinzipale beschlossen, zu erneuten Verhandlungen nicht mehr zu gehen. Derselbe Beschluß wurde in Bezug auf die Teilnahme an der Verhandlung vor dem Tarifamt gefaßt. Der Verbandsvorstand hätte ja auch im Bureau der Ortsverwaltung anfragen können, ob sie an der Konferenz teilnimmt, wenn er ein so starkes Interesse daran hatte. Unsere Antwort ging am Verhandlungstage vormittags dem Tarifamt zu. In der folgenden Vorstandssitzung mit der Zentrale konnten wir keine andere Antwort als die erfolgte geben, die Vertrauenspersonenitzung und Mitgliederversammlung konnten nur die Annahme oder Ablehnung des Tarifs beschließen. In beiden Zusammenkünften hat auch der Vertrauensmann der von der Kollegin Thiede erwähnten Druckerei energisch bestritten, daß er von

der Ortsverwaltung die Auskunft erhalten hat, man wolle sich von der Gesellschaft trennen. Wäre der bekannte Beschluß, dem Hauptvorstand die Mittel zu versagen, in der Versammlung nicht gefaßt worden, wer weiß, ob wir schon heute einen Verbandstag hätten. Es dreht sich jetzt nur noch darum, ob der Verbandsvorstand ein statutarisches Recht hatte, für Berlin abzuschließen oder nicht. Der Verbandsvorstandsvertreter, der die letzte Vertrauenspersonenitzung verlassen mußte, fühlte sich dort nicht als Obmann, sondern als Hauptvorstandsmitglied. Nach der bekannten Erklärung der Gehilfen, jede Bewegung des Hilfspersonals (Zuruf: Gegen den Tarif!) das ist ja daselbe! (Thiede: Das ist nicht daselbe!) im Keime zu ersticken, mußten wir den Tarif annehmen. Der Verbandsvorstand hätte sicher gerne gesehen, wenn wir das nicht getan hätten. Da würde es Existenzen gekostet haben und dann wäre gesagt worden, das hat euch die Ortsverwaltung gebracht, warum habt ihr nicht auf uns gehört. Aber wir waren nicht so dumm. Trotzdem wir jetzt einen Tarif haben, schließen wir doch sorgfältig Hausverträge ab. (Zuruf: Tarifwidrige!) Schon jetzt machen uns die drei großen Firmen durch die neu einzuführenden Arbeitszeiten, mit denen sie den § 14 umgehen wollen, die größten Schwierigkeiten. Redner schildert das an einigen Beispielen. Wir haben hier in Berlin an unserem vollen Recht festgehalten.

Schulze = Leipzig wünscht die Lohnvorlage, die von Berlin gefordert und die abgeschlossen wurde, für alle Delegierten.

Baumgarten = Berlin: Die materielle Sache spielt hier keine Rolle mehr.

Bucher = Berlin: Die gewünschte Lohnvorlage ist in Nr. 1 der „Solidarität“ abgedruckt.

Da ein Antrag nicht gestellt ist, geht die Debatte weiter.

Thiede = Berlin: Die Auskunft wurde dem Vertrauensmann von Eisner durch den Arbeitsnachweiser gegeben. Moritz hat das auch in der Vertrauenspersonenitzung anerkannt. Er hat auch in der Mitgliederversammlung gesagt, der Ortsvorstand hätte das nicht bekommen, was der Verbandsvorstand erreicht hat. Moritz erklärte auch: „Wären uns die Lohnvorschläge gemacht worden, mit beiden Stiefeln wären wir in das Tarifverhältnis hineingefahren.“

Döblich, Vorsitzender der Buchdrucker, hat als Mitglied des Tarifamtes ebenfalls die Möglichkeit dazu gegeben, daß nach der gescheiterten Leipziger Verhandlung es zu einer Verständigung kam. Wie will Moritz die leichtfertig in die Welt hinausgeschickte Behauptung, der Vorstand der Buchdrucker und sein Hauptvorstand sind Gegner der Berliner Mitgliedschaft, rechtfertigen. Moritz mußte einsehen, daß, wenn bei der beschleunigten Verhandlung am 18. Dezember unter der Vermittlung des Tarifamtes nicht an demselben Tage eine Einigung zustande kam, es sehr fraglich erschien, ob es zu einem Abschluß gekommen wäre. Die Erfahrungen beweisen, daß wohl kaum in Berlin ohne Tarif befriedigende Verhältnisse geschaffen worden wären. Es ist eine Ausrede, wenn Moritz behauptet, er habe nicht soviel Einfluß auf den Vorstand und die Lohnkommission, sie zu Verhandlungen zu bewegen. Seine sonstigen Aktionen beweisen das Gegenteil. Der Verbandsvorstand hat immer das Recht, ja sogar die Pflicht, einzugreifen. Das Verhalten der Berliner schädigt die Gesamtinteressen. Wenn die Hilfsarbeiter Berlins einen Konflikt provozieren, der den Bestand der Tarifgemeinschaft gefährdet, dem entgegenzutreten und für Ruhe und Ordnung in den Betrieben sorgen. Der Zusammenhalt mit der Provinz wird in Frage gestellt, wenn nur Berlin zu Abschlüssen kommt und die kleinen Druckorte vernachlässigt und außer Acht gelassen werden. Berlin würde von der Provinz überschweimt werden. Die Berliner Vertreter sollten jetzt einlenken und ihre Fehler einsehen.

Schmid = München: Er vermißt die nötige Zusammenarbeit der Gehilfen mit den Hilfsarbeitern. Die Gehilfen verständigen sich nicht vor ihren Abschlüssen mit dem Hilfspersonal. Die Buchdrucker müssen die Gesamtheit ins Auge

fassen. Wo sind bei uns die Prinzipale, die ihre Kollegen in der Provinz zwingen, mit uns Tarife abzuschließen? Das wird bei uns Hilfsarbeitern nicht gemacht. Durch den Erlaß des Papstes fallen bei uns jetzt alle gesetzlichen Feiertage weg, das macht für uns eine Arbeitszeitverlängerung um 8 Tage ohne irgend welche Kompensation. Auf unserem Verbandstag wurde eine Beitragserhöhung beschlossen zur Bildung eines Kampffonds, der einen guten Abschluß ermöglichen soll. Die Berliner Löhne wurden von der Verbandsleitung den Mitgliedern in der Provinz stets vor Augen gehalten, darum ist es kein Wunder, daß jetzt, da eine falsche Hoffnung erweckt und nicht erfüllt wurde, die Unzufriedenheit um sich greift und von den Ortsleitern nicht mehr beseitigt werden kann. Der neue Tarif bringt fast gar keine Verbesserungen. Es kann nicht zugegeben werden, daß zwei Verbandsvorstandsvertreter das Recht zum Tarifabschluß eingeräumt wird, den die Mitglieder nicht haben wollen. Die Berliner haben keine lokalistischen Neigungen. Ihr Beschluß ist gefaßt worden, um sich dagegen zu verwahren, daß der Verbandsvorstand über die Köpfe der Mitglieder bestimmt. In München durfte der Beschluß nicht verschleppt werden, darum wurde sofort abgeschlossen. In Zukunft muß eine andere Taktik eingeschlagen und die Prinzipale gezwungen werden, nicht nur in den großen Orten, sondern überall Tarifverhältnisse einzugehen.

Baumgarten = Berlin: Bei den Verhandlungen am 18. Dezember waren alle Vertreter, auch der Hauptvorstand, der Ansicht, mindestens zehn Prozent zu verlangen. Bei der Abstimmung brachen die meisten ihr gegebenes Wort, die Berliner wurden vergewaltigt. In Halle haben die Prinzipale nicht eingekauft, was in Berlin beschlossen wurde. Um zu diesem Tarif zu kommen, mußte Berlin abschließen. Der gesamte Vorstand und die Lohnkommission stehen geschlossen hinter dem Vorsitzenden. Jede Lokalisationsabsicht steht der Berliner Vertaltung fern. Wenn man Ruhe und Frieden im Gewerbe haben will, wie Döblich es wünscht, sollen die Buchdrucker für den Industriebund eintreten.

Bucher = Berlin: Die Profiteure werden sicherlich bei den meisten Delegierten enttäuscht haben. Es handelt sich hier jetzt nur noch um die Rechtsfrage und nicht um Personen. In der „Solidarität“ wurde den Tatsachen entsprechend berichtet, das beweist auch das Berliner „Mitteilungsblatt“, das das in der Verbandszeitung Berichtete nicht in Abrede stellen konnte. Die Ausführungen von Schmid treffen zu, wir wollen keinen Tarif unter allen Umständen; es ist aber zu erwägen, ist zu erreichen, was wir wollen und sind wir kräftig genug, gegebenenfalls zu erzwingen. Was wir auf dem friedlichen Wege der Verhandlung nicht bekommen? Bei allen Abschlüssen in den verschiedenen Orten hat man nicht nur eine starke Organisation nötig, sondern muß auch mit der Eigenart der Betriebe rechnen. Bei dem heutigen Stand der Dinge werden nicht nur die starken Organisationsverhältnisse in den großen Berliner Betrieben maßgebend sein. Die Gefahr der Beunruhigung durch die Arbeiter hat diese Unternehmer zu Maßnahmen der Abwehr zusammengeführt. Es war bei dem Tarifabschluß von vornherein festgelegt gewesen, nicht allein für die zehn Orte soll abgeschlossen werden, nein, eine Grundlage war geschaffen worden, auf der weiter gearbeitet werden soll. Moritz führt hier Fälle in den großen Berliner Betrieben an, deren Geschäftsleitungen nicht tarifliche Arbeitszeiten einführen wollen. Wer zwingt uns dazu, solche Verhältnisse, die gegen die tariflichen Abmachungen verstoßen, einzugehen? Es steht unter Beweis, aus dem untorrigierten stenographischen Protokoll kann es ersehen werden, daß die Vertreter der Zentrale keine Abmachungen in ihrer unverbindlichen Aussprache vor der Verhandlung getroffen haben. Wenn das Tarifamt die Verhandlungen unter gewissen Vorbedingungen eingeleitet hat, so haben auch wir das vor der Verhandlung erst erfahren. Die Berliner Ortsverwaltung wollte keine Klärung der Sachlage und hat uns absichtlich über ihre Stellungnahme bei den Verhandlungen mit den Berliner Prinzipalen im Unklaren gelassen, weil sie die Ansicht

der Hauptverwaltung kannte. Für uns hat es sich bei der Verhandlung nur um die Forderungen der Berliner Mitglieder gehandelt, die wir vertreten mußten und auch fast restlos zur Anerkennung brachten. Die Gewerkschaftsfunktionäre dürfen sich nicht von Versammlungsfunktionen leiten lassen, sondern müssen auch den Mut haben, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben, das ihnen von ihrem hohen Verantwortlichkeitsgefühl diktiert wird. Es ist bequem, der Masse zum Munde zu reden, um sich einen billigen Beifall zu sichern, wie es der Leiter der Berliner Zahlstelle getan hat, aber den Interessen der Arbeiterschaft dient man damit nicht.

Werner - Stuttgart: Unsere Delegierten haben den Auftrag erhalten, hier nach gutem Gewissen zu urteilen. Auch andere Delegierte hätten so handeln müssen und sich nicht zu einer Vorverhandlung hier in Berlin mit der Ortsverwaltung bereit finden lassen. Von diesen Differenzen profitieren nur die Prinzipale. Unsere Mitglieder hätten nicht, wie Moritz und Schmid ausführten, noch ein bis zwei Jahre warten wollen, sie haben die erhöhten Beiträge nur gezahlt, weil sie jetzt Lohnaufbesserungen beanspruchten. Wir hätten gemeinsam alles daran setzen müssen, Verbesserungen herauszuschlagen. Unsere Verbandsvertreter haben ihre Pflichten vollständig erfüllt. Hätten wir dem Antrag nicht zugestimmt, würde das Tarifamt uns gezwungen haben und es ist fraglich, ob mehr herausgekommen wäre. Will man etwas erreichen, so muß verhandelt werden. Die tariflose Zeit ist eine gefährliche, da die Mitglieder stets Verschlechterungen ausgesetzt sind und oft nicht die Kraft haben, dagegen zu protestieren.

Hanna - Berlin: Wir müssen mit den besseren Verhältnissen in Berlin operieren, das ist selbstverständlich. Aber ohne weiteres ist doch klar, daß die Verhältnisse nicht sofort in der Provinz geschaffen werden können. Baumgartens Erklärung über die Weigerung der Berliner, die Beiträge abzuführen, wirkt lächerlich. Sie stellen sich damit außerhalb des Verbandes. Eine Absicht, sich zu lokalisieren, geht aus dem Protokoll einer Berliner Versammlung vom 31. Dezember hervor, auch aus der Stellungnahme der Berliner und Münchener Vertreter auf der Gauleiterkonferenz am 19. Dezember. Wenn die Mitgliedschaft sich nicht überzeugen lassen will, muß sie durch die Erfahrung belehrt werden. Wird in einer Versammlung gewissenlos Stimmung gemacht, ist die Möglichkeit, mit sachlichen Gründen durchzudringen, genommen. Weil die Berliner Mitgliedervertreter nicht zu den Verhandlungen gegangen sind, haben sie sich jedes Rechtes gegeben, ein Urteil über die Maßnahmen des Verbandsvorstandes abzugeben. Der Hauptvorstand steht in seiner Gesamtheit hinter den beiden Verbandsvorsitzenden und billigt durchaus ihre Handlungsweise.

Schluß ¼ 8 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Freitag, den 23. Februar.

Vormittagsitzung.

Scheibe - Halle: Bei dem Tarifabschluß in Halle war nicht mehr zu erreichen. Unser Tarif besteht erst zweieinhalb Jahre. Eine große Anzahl Firmen gibt 1 Mk. Zulage und 1914 noch 50 Pf.

Liebe, Verbandsvorstand: Nach der gestrigen allgemeinen Debatte soll heute auf den Berliner Konflikt eingehend eingegangen werden. Baumgarten legte den Berliner Beschluß so aus, als wenn uns dadurch noch ein großer Gefallen getan würde. Das Verhalten Berlins in Bezug auf die Abrechnung ist verwerflich. Man hat gerade dann der Hauptkasse die Gelder vorenthalten, wo sie durch den Streik und die Aussperrung im Steinbrudgewerbe ungewöhnlich stark in Anspruch genommen war und sich in einer äußerst schwierigen Lage befand. Heute gibt man sich den Anschein und tut so harmlos, als wenn nichts passiert wäre. Man kommt nicht aus sich heraus. Der Verantwortliche in Berlin ist der Kollege Moritz, er ist hier allein ausschlag-

gebend. Er führt in der Berliner Mitgliedschaft nahezu ein absolutistisches Regiment. Er hat es auch im vorliegenden Falle verstanden, in Berlin seinen Willen durchzusetzen. In Berlin sei es so: wer nicht wolle, was Moritz will, der werde mit allen Mitteln bekämpft. Das diktatorische Wesen des Kollegen Moritz zeige sich auch bei der inneren Verwaltung der Zahlstelle Berlin. Verwaltungstechnische Anordnungen des Hauptvorstandes würden nicht beachtet. Die Verwaltung sei so eingerichtet, daß der Hauptvorstand keinen Einblick in dieselbe bekommen solle und nur Moritz allein Bescheid wisse. Diese Art der Verwaltung sei die Ursache einer inneren Zerrissenheit, die sich bei dem Berliner Zeitungskonflikt zeigte, und sie sei auch die Ursache des gegenwärtigen Konflikts. Moritz wolle keine Ordnung und Ueberlichtlichkeit in der Verwaltung. Er wolle derjenige sein, der allein bestimmt. Das sei bei der Tarifbewegung in trassierter Weise zum Ausdruck gekommen. Es habe keinen Zweck, die bestehenden Gegenstände zu verfeinern. Die Schäden, unter denen die Allgemeinheit leide, müßten aufgedeckt werden.

Stiefel - Mannheim: Sie stellt sich auch als sogenannter Verräter vor. Berlin hat bei der Verhandlung keinen Gegenantrag gestellt. Die guten Kenner in der Gewerkschaftsbewegung hätten bessere Auswege finden müssen, wenn der vorgeschriebene Weg nicht gangbar war. Das Recht des Verbandsvorstandes, für Berlin abzuschließen, ist nicht zu bestreiten. Wo hätte man in Berlin die Mittel zum Streik, die notwendig gewesen wären, hernehmen wollen.

Moritz - Berlin: Dem Verbandsvorstand ist wohl selbst nicht ganz wohl bei dem Berliner Abschluß, darum hat auch Kollegin Thiede die Debatte auf ein anderes Gebiet hinübergespielt. Uns kann man doch keinen Vorwurf machen, wenn der Hauptvorstand nicht mehr Mittel zur Fortführung des Streiks bewilligte. Wir haben die Bewegung nicht begonnen und nicht abgebrochen. Jetzt ist der Moritz so rabiat, daß man mit ihm nicht mehr zusammen arbeiten kann, hat sich aber sonst immer ruhig seine Hilfe gefallen lassen. Ja soan nachgeschaut. Redner vertreibt auf sein Verhalten beim Berliner Zeitungskonflikt. Die bürokratischen Einrichtungen in Berlin sind tabelfrei. Das Rathotelhysterem, wie es in Leipzig besteht, ist auch nicht musterförmig. Bucher will absichtlich den für Berlin abgeschlossenen Lohn-tarif besser hinstellen, als er ist. Die wirtschaftlichen Schädigungen der Berliner Mitglieder, die große Arbeitslosigkeit, ist Folge des § 2 der „Allgemeinen Bestimmungen“. Hausverträge, die die Verhältnisse bessern, können allerdings nun nicht mehr eingeführt werden. An dem jetzt so ungünstig abgeschlossenen Tarif hat der Berliner Vorsitzende nicht mitgewirkt; ein anderer besserer, bei dem zirka 130 über dem Minimum entlohnte Hilfsarbeiter Zulagen bekamen, kam durch seine Mitwirkung zustande. Moritz will durch Verlesung von einzelnen Protokollstellen beweisen, daß doch bindende Abmachungen vorher getroffen worden sind. Von Lokalisierungsgelüsten kann keine Rede sein. Kommt der Hauptvorstand hier Recht, so weiß die Ortsverwaltung, was sie zu tun hat. Der Redner erklärte, daß er schon am 5. Januar seine Kündigung eingereicht habe, woran er heute noch festhält.

Dehmel - Berlin: Er bekennt sich als Verfasser der bekannten Berliner Resolution, die nur dem Verbandsvorstand Gelegenheit geben sollte, seine Stellungnahme vor der ganzen Kollegschaft zu präzisieren. Und doch hat die Hauptkasse noch 5600 Mk. an Berlin zu zahlen, ihm ist also in Wirklichkeit kein Geld vorenthalten worden. Unter den Berliner Mitgliedern herrscht große Unzufriedenheit wegen der erreichten viel zu niedrigen Löhne. Das hat die Ortsverwaltung verhindern wollen und deshalb das Beschlußprotokoll nicht unterschrieben. Der Rechtsbeirat hat ein richtiges Gutachten abgegeben. Die vom Hauptvorstand in der Vertrauenspersonenstiftung vorgeschlagene Kommission, bestehend aus Mitgliedern der General- und Gewerkschaftskommissionen, erschien uns nach der vorherigen einseitigen Information durch die Zentrale nicht mehr objektiv. Der Hauptvorstand herrscht als Autokratie. Bucher wollte den Zwiespalt unter die Berliner Mitglieder tragen und die weitlichen

Mitglieder auf die Kollegen hegen. Bucher und Thiede passen nicht für die Hilfsarbeiterorganisation.

Schulze - Leipzig: Die Absicht der Berliner ist doch ernster zu nehmen, als sie uns weismachen wollen. Auf fast allen Verbandstagen hat man Berliner Streitigkeiten schlichten müssen. Wir sind unbeeinflusst nach Berlin gekommen und wollen uns hier das Urteil bilden. Die gepflogene ausgiebige Diskussion ermöglicht jetzt schon ein objektives Urteil. Die Frage, ob der Verbandsvorstand seine Befugnisse in Berlin überschritten hat, ist zu verneinen; solche Situationen können aber in der Provinz nicht vorkommen, es fehlen dazu die Vorbedingungen. Die Stimmung in Berlin, wie scharf gemacht wird, geht aus einer Situation bei dem Zeitungskonflikt hervor. Da konnten in Abwesenheit des Vorsitzenden die Ausständigen bei Scherl durch den Dömann ohne Schwierigkeiten zur Aufnahme der Arbeit bewegt werden. Die Mitgliederversammlung nachher unter dem Vorstz von Moritz bot ein anderes Bild, das sich von der ruhigen Versammlung der Teilnehmer sehr ungünstig abhob. Die Delegierten Leipzigs und des sechsten Gau'es geben ihr Votum dahin ab, der Verbandsvorstand hat recht gehandelt.

Gloth - Berlin: Die Berliner haben im allgemeinen keine Ursache, die Gauleiterkonferenz als Provinzparlament zu bezeichnen. Sie ist aber einseitig informiert worden. Selbst der Verbandsvorstand war von dem Zeitungskonflikt in seinen Ursachen nicht recht unterrichtet. Redner gibt eine eingehende Schilderung des Konfliktes bei Mosse. Bei dem Tarifabschluß sind 7000 Mitglieder von noch nicht 1000 Mitgliedern überstimmt worden. Eine stärkere Beteiligung an den Verhandlungen am 18. Dezember hätte auch kein besseres Resultat gebracht; aus demselben Grunde unterblieb auch die Teilnahme an den anderen Konferenzen. Bei solchen hier schwebenden Differenzen hat erst das eigene Parlament zu rechten, danach kommt erst die Generalkommission und darum war auch der Vorschlag des Hauptvorstandes für die Vertrauenspersonen nicht annehmbar, zumal diese Instanz schon vorher einseitig unterrichtet war. In Berlin ist nur Disziplin durch Strafen gegen Arbeitslose möglich, ich möchte einmal die Kollegin Thiede urteilen hören, wenn es zwei Jahre anders geht. Redner versucht, den Kollegen Döblin zu widerlegen. Daß die Einführung der Umrechnungstabelle ein Fehler war, hat der Hauptvorstand selbst zugegeben. (Zuruf: Wo denn?) Wäre der Hauptvorstand anders, hätten wir in Berlin nicht so viel Konflikte.

Paul Herrmann - Dresden: Wir in der Provinz müssen die Tarifrfrage von einer ganz anderen Seite betrachten. Redner streift die Vorkommnisse bei der Dresdener Bewegung und weist die Schwierigkeiten nach, die sich hierbei aufstauten. Wir haben auf den vorigen Verbandstagen beschlossen, den Tarifweg zu beschreiten, daher ist nicht nur der Hauptvorstand verantwortlich, sondern auch die Gauleiter. Woher kommt der Wind, daß uns die Unternehmer Arbeitszeitverlängerungen zumuten? Redner ist kein Anhänger „eines Tarifes unter allen Umständen“, wir sind aber eingeteilt. Redner wendet sich gegen die Haftpflicht, wozu die führt, sehen wir jetzt an dem Vorgehen des Bezirksverbandes Halle. Die Kollegin Thiede und Kollege Bucher waren nicht berechtigt, den Tarif über den Willen der Mitglieder abzuschließen. Er stellt ein, daß die Berliner durch das Fernbleiben bei den Verhandlungen einen Fehler gemacht haben. Aber unabweisbar muß festgelegt werden, ob der Verbandsvorstand berechtigt ist, solche Extratouren zu tanzen. Wir machen nicht mehr mit, wenn die Zentralkleitung nicht andere Wege einschlägt.

Sorake, Verbandsvorstand: Jeder von uns muß die Sachlage von der prinzipiellen Seite betrachten. Und festgestellt muß werden, ob die Berechtigung des Verbandsvorstandes zum Tarifabschluß gegen die sich ohne Grund sträubende Berliner Verwaltung vorlag. Das steht fest, lieber keinen Tarif, wenn er auf Grundlage des uns in Leipzig Angebotenen abgeschlossen werden soll. In den nach Leipzig

gepflogenen Vorberhandlungen hat die Zentrale keine bestimmten Zusagen gemacht. Nur bedeutet wurde, daß der § 14 jedenfalls nicht zu halten ist. Auf der Gauleiterkonferenz vor der Berliner Verhandlung lehnte es unter anderem auch Moritz ab, auf einzelne Positionen noch einzugehen, es habe gar keinen Zweck, darüber zu reden, hieß es. Die Rechtfertigungen der Berliner gegenüber den Anschubliquanen, sie hätten sich an den Berliner Tarifverhandlungen nicht genügend beteiligt, waren kurioser Art: sie waren sprachlos über die Angebote der Prinzipale, Wüstenfeld machte faule Witze und Märgen über unsere Anträge, jedes Wort war zu schade, das waren die Ausflüchte. Gewerkschaftsführer, die „sprachlos“ sind, die sich mit Witzgen abfertigen lassen, sind ungeeignet zur Vertretung ihrer Mitglieder. Die Vertreter betraten, durch die Weigerung zur Verhandlungsteilnahme gezwungen, einer durchaus legalen Weg und den Verbandsvertretern müßte Pflichtvergehenheit vorgeworfen werden, hätten sie sich nicht zum Abschluß bereit erklärt. Die Gefahr lag vor, daß die Vorlage der Prinzipale angenommen wurde. Der Gedanke der Beitragsverweigerung tauchte schon in der Vertrauenspersonenitzung auf und wurde zum Antrag in der Versammlung erhoben, wo alle Vorstandsvertreter den gewöhnlichsten und gemeinsten Einwurf seitens der Mitglieder ausgesetzt waren. Gloth hat lokalistische Gedanken in dieser Versammlung gepredigt und sprach bewußt heute hier die Unwahrheit. In der folgenden Vertrauenspersonenitzung mußte dann Moritz die Annahme des Tariffs empfehlen und tat es deshalb, als der Verbandsvorstandsvertreter entfernt worden war, nur da, weil, wie der Delegierte Wilhelm Schulze sagte, er sich nicht der Blamage hingeben wollte, in Anwesenheit der Verbandsvorstandsvertreter einzulernen. Moritz schloß dann untarifliche Hausverträge ab. Bei Wosse mit der Verlängerung der 50 1/2 stündigen auf die 53 1/2 stündige Arbeitszeit und einer Zulage von einer Mark. Bei Scherl führte er eine Arbeitszeit ein, die einen großen Teil des Personals überflüssig macht. Auch bei Ullstein ist um geringer Zulagen willen, die aber erst 1913 und 1914 in Kraft treten, ein Vertrag jetzt abgeschlossen worden, der schwere Gefahren für die Kollegenschaft bringen wird. Dazu gibt Moritz seine Zustimmung. Das Verhalten der Berliner Mitglieder gegenüber dem Verbandsvorstand ist auf die systematische Hetzerei des Moritz zurückzuführen.

Mittagspause.

Nachmittagsitzung.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß eine genügend unterstützte Resolution von Kreßschmar-Leipzig eingegangen ist.

Schmid-München: Es handelt sich bei dieser Diskussion nicht um persönliche Fragen. Wir Münchener wollen uns in den Konflikt der Berliner mit der Zentrale nicht einmischen, es muß uns aber gestattet sein, unsere Meinung über den Tarif zu sagen. In Leipzig scheiterte der Tarif an dem § 14 und unsere Mitglieder waren mit dem Abbruch der Verhandlungen einverstanden. Allerdings waren wir verwundert, daß schon nach einigen Tagen neue Verhandlungen in Aussicht gestellt waren. Und bei denen ging es nicht so zu, wie Sornte es dargestellt hat. Die Art, in der der Geheimrat Wüstenfeld die Verhandlungen führte, mußte die Teilnehmer empören. Auch die prozentualen Aufschläge waren bei dem Sonntag-Nachmittag-Kaffee schon vereinbart. (Lurche.) Redner verliest zum Beweise seiner Ausführungen einige Stellen aus dem Protokoll. Wir haben unsere Interessen bei der Verhandlung genügend vertreten, wie auch heute hier. Uns ist auch nicht klar, warum die Berliner Kollegen nicht zu den weiteren Verhandlungen gegangen sind. Aber fest steht, Moritz hätte nicht erreicht, was die Verbandsvorstandsvertreter erlangt haben. Das Mißheil der Kollegenschaft ist in dem Tarifabschluß nicht zu sehen. In München hätten wir ohne diesen Tarif bedeutend besser abschließen können. Wir werden uns für die Folge aber schämen und bei neuen Verhandlungen in gleicher Art nicht erscheinen. Dann wollen wir sehen, ob die Zentrale für uns hier abschließt und den Tarif in München ein-

führen will. Die jetzigen „Allgemeinen Bestimmungen“ verlangen von uns so große Opfer, daß sie durch die Lohnaufschläge gar nicht aufgewogen werden können.

Bucher, Verbandsvorstand: Es ist ein großer Unterschied, ob ich mit einem gebundenen Mandat zur Verhandlung gehe, oder ob ich die freie Entschließung habe. Ist man gebunden, wird es nachher oft schwer oder unmöglich, die gemachten großen Hoffnungen zu erfüllen. Dann benutzt man als gute Tücherdeckung vor den Mitgliedern den Vorwand, ja, wir sind durch die Zentrale gezwungen worden und konnten nicht anders, die trägt, die Schuld. Aber mit den Mitteln, die in den Versammlungen wirten, macht man auf dem Verbandstag wenig Eindruck. Das sollte Schmid wissen, der hier mit dem Nachmittags-Kaffee operierte. In einer Tarifamtsitzung wurde die Vorbedingung getroffen, daß kein Ort vorher abschließen darf, damit möglichst alle Tarifstädte gezwungen werden, sich an den Tarifverhandlungen zu beteiligen. Redner beweist durch Verlesung der betreffenden Protokollstellen, daß andere bindende Versprechungen durch die Vorstandsvorteiler nicht gemacht worden sind. Alle Vorbedingungen sind den Gauleitern vorher bekannt gegeben worden. Wenn scharfistische Bestrebungen in Berlin nicht geherrscht hätten, warum hat man denn gegen uns den Vorwurf, einen Keil in die Berliner Mitgliedschaft zu treiben, erhoben, man fürchtete eben, daß ein Teil der Mitglieder nicht mitmachen wird. Es ist Tatsache, daß Moritz systematisch gegen den Verbandsvorstand gehetzt hat. Redner geht ausführlich auf die im Mai v. J. in Berlin tagende Mitgliederversammlung ein, in der der Vorsitzende schwere ungerechtfertigte Beschuldigungen gegen die Hauptvorsitzende und den Verbandsvorstand erhob. Bei dem Zeitungskonflikt und später bei den Tarifberatungen wurden ebenfalls die Mitglieder gegen die Zentrale beeinflusst. Dazu hat auch Kollege Schmid in der „Solt“ das Wort genommen. Redner verliest den Artikel, in dem sich Schmid-München in scharfster Form gegen Moritz und seine verbösende Tätigkeit wendet. Vertrauliche Mitteilungen aus den Konferenzen benutzte Moritz zu seinen verwerflichen Zwecken und gab sie dem gesamten Mitgliederkreis zur Kenntnis, bruckte sie im „Mittelungsblatt“ ab. Die Motive, die den Kollegen Moritz zu seinem Tun leiten, liegen in dem Bestreben, die Folgen des Tarifabschlusses, der nie volle Zustimmung im Mitgliederkreise finden wird, von sich auf den Verbandsvorstand abzuwälzen. Nachdem Moritz gesehen hat, daß es durch das Eingreifen des Hauptvorstandes doch noch möglich war, die Forderungen der Berliner Kollegen durchzusetzen, sah er auch ein, daß er sich als Ortsvorsitzender unmöglich gemacht hat. Nun glaubt er seine Situation dadurch zu verbessern, daß er in skrupelloser Weise, bei der ihm kein Mittel zu schlecht ist, gegen den Hauptvorstand hetzt.

Loda h l, Verbandsvorstand, spricht zu den Lokalisierungsbestrebungen. Die Abrechnungen der Zahlstelle seien vielfach außerordentlich unzuverlässig zusammengestellt. Mehrfach mußten Belege beanstandet werden und sehr häufig zeigten sich Differenzen, die in einem Falle sogar 3698.— M. betragen. Trotzdem waren alle diese Abrechnungen vom Vorsitzenden, Kassierer und der Revisionskommission als richtig unterschrieben. Moritz reiste auf Kosten der Zahlstelle Berlin im Lande umher, um die zum Verbandstag gehenden Delegierten in seinem Sinne zu beeinflussen, und am Tage vor Beginn des Verbandstages wurde auf Kosten der Berliner Zahlstelle eine Konferenz der von Moritz bestimmten „zuverlässigen“ Leute abgehalten, in der die Leiter der abgehenden Zentralvorstandsmittelglieder unter den Konferenzteilnehmern bereits verteilt wurden. Der Verbandstag möge sein Urteil über derartige Treibereräten abgeben.

Wilhelm Schulze-Berlin: Die Zustimmung gegen den Verbandsvorstand resultiert aus den mit der Zeit immer schlechter gewordenen Arbeitsbedingungen. Redner wollte auch die Erhaltung des § 14 für die kleinen Betriebe. Man sollte den Mitgliedern, die ja erst kürzere Zeit tariflich festgelegt sind, manches in dieser Beziehung nachsehen. Das Vertrauen hat

der Verbandsvorstand durch seine Stellungnahme im Zeitungskonflikt verloren. Die Schreibart der „Solidarität“ hat mit zu dieser Mißstimmung beigetragen. Darum darf sich auch der Redakteur nicht wundern, wenn ihn die Mitgliederversammlung mit Mißfallen empfängt. Redner verteidigt den von ihm bei Ullstein abgeschlossenen Hausvertrag.

Schluß 1/7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Sonabend, den 24. Februar.

Vormittagsitzung.

Schmid-Berlin erklärt, daß er als Obmann der Revisoren in den Abrechnungen und Belegen der Berliner Ortsverwaltung Verbesserungen hat beanstanden müssen.

Müller-Mainz: Von Berlin aus ist der Verband geschaffen worden, es bildet den Kern der Organisation. Wie kann jetzt die Berliner Verwaltung durch ihr Treiben die Organisation schädigen. Der Hauptvorstand hat nach Ausbruch des Konflikts keinen Versuch gemacht, in Mitgliederkreisen für sich Stimmung zu machen. Der Berliner Vorstand aber hat für die Absetzung des Hauptvorstandes Stimmung gemacht und sich bereits über die Personen verständigt, die nachher den Hauptvorstand bilden sollen. Der jetzige Verbandsvorstand findet unser volles Vertrauen, aber einem neuen Vorstand, der durch solche Konspirationen zustande kommen soll, kann dieses Vertrauen nicht entgegengebracht werden.

Kloth, Vorsitzender des Buchbinderverbandes: Es wäre nach den langen Debatten jetzt an der Zeit, daß die Opposition endlich mit einem Programm hervortritt, wie es anders und besser gemacht werden kann. Die Beschlüsse vom 18. Dezember sind für den ganzen Verband bindend, also auch für die Berliner: sie sind daher selbstverständlich verpflichtet, zu den nachgefolgten Verhandlungen zu gehen und, als sie das nicht taten, dem Verbandsvorstand, um schädigende Folgen zu vermeiden, die Berechtigung zum Abschluß zu geben. Die Notwendigkeit der Tarifeinführung liegt in allen Städten vor, aber die Schaffung eines Reichstariffs scheitert eben oft an den nicht gegebenen Vorbedingungen. Die Beschlüsse des Verbandstages sind mehr programmatischer Art und ihre volle Durchführung kann nicht immer erreicht werden. Das sollten die Unzufriedenem in Betracht ziehen. Die Berliner Ortsverwaltung muß auch bedenken, daß die Unternehmer den Verbandsvorstand nicht mehr als Autorität und als Verbandsvertretung betrachten können, wenn sie wissen, daß er nicht den notwendigen Einfluß in Mitgliederkreisen hat. Die Zurückbehaltung der Beiträge sollte die Aktionsfähigkeit der Zentrale stark beeinträchtigen. Man hat im Berliner Mitgliederkreise nicht gewußt, daß die Ortsklasse einen hohen Betrag für die Verbandskasse ausgesetzt hat. Welche Situation würde der neue Hauptvorstand antreffen. Er würde mit einer stärkeren Opposition zu rechnen haben, die mehr Aussicht auf Erfolg hat als die jetzige. Niemand darf sich von der Stimmung des Augenblicks hinreißen lassen.

Sophie Teske-Berlin: Die Berliner Vertreter haben geglaubt, durch die Verweigerung der Unterschrift bessere Bedingungen für die Mitglieder zu erwirken. Die Kollegin Thiede befand sich am 3. Januar in einer unangenehmen Situation, das muß zugegeben werden. Aber es besteht nun mal bei uns ein starkes Mißtrauen gegen den Hauptvorstand. Auf unserem Bureau herrscht völlige Ordnung und der gegen uns erhobene Vorwurf trifft nicht zu. Moritz war sonst immer der gewissenhafte Arbeiter, auf dessen Hilfe ein großer Wert gelegt wurde. Weil er jetzt einmal nicht so wollte wie der Hauptvorstand, taugt er nichts mehr. Die Rednerin wendet sich persönlich gegen Bucher und bemängelt die Organisationsfähigkeit der Kollegin Hanna. Moritz hat mit seiner Rolle in der Provinz nur das bezwecken wollen, was der Verbandsvorstand auch vor anderen Verbandstagen mit seinen Besuchern in der Provinz gemacht hat. Auf unserer Konferenz ist nichts Geheimnis verhandelt worden.

Redaktion = Nürnberg: Er spricht zuerst über Nürnberger Verhältnisse und geht dann auf den Berliner Konflikt ein. Das Vertrauen wird dadurch in der Provinz nicht gefährdet. Warum sagt man denn nicht offen, was man auf der geheimen Konferenz verhandelt hat.

Legien, Vertreter der Generalkommission: Werte Genossen und Genossinnen! Ueber die Art, in der Sie die Belieben, Ihre Differenzen auszutragen, habe ich ja kein Recht zu sprechen; das ist Ihre eigene Verbandsangelegenheit. Ich halte es auch für entbehrlich, mich darüber zu äußern, was bezüglich der Haltung der Generalkommission und des „Correspondenzblattes“ in Ihrer Presse geschrieben und auch hier ausgeführt worden ist. Ich glaube, im vorliegenden Fall bedarf die Generalkommission und die Redaktion des „Correspondenzblattes“ keiner Verteidigung, selbst nicht gegenüber der Äußerung des Genossen Paul Herrmann-Dresden, der sagte, das „Correspondenzblatt“ sollte sich größerer Objektivität befleißigen. Sollte nach dieser Richtung eine Beschwerde angebracht sein, dann müßte sich Herrmann nicht an die Generalkommission, sondern an die Berliner Ortsverwaltung wenden. Denn wenn es dem Redakteur des „Correspondenzblattes“ nicht möglich war, sich in der Sache näher zu informieren, so liegt das eben an der Berliner Ortsverwaltung. In der Sitzung, die Anfang Januar stattfand, war die Redaktion des „Correspondenzblattes“ vertreten. Ich sehe ganz ab von den Lebenswürdigkeiten, die den Vertretern der anderen Körperschaften da geboten wurden, jedenfalls erklärten die Vertreter der Berliner Ortsverwaltung, die an der Sitzung teilnahmen, daß sie in Gegenwart dieser „fremden“ Personen nicht zu Verhandlungen geneigt wären, sie wollten unter sich sein. Sie haben damit also der Redaktion des „Correspondenzblattes“ die Möglichkeit genommen, sich von anderer Seite informieren zu lassen und wenn Sie glauben, sich über mangelnde Objektivität beschweren zu müssen, so wenden Sie sich bitte an diese Berliner Mitglieder und nicht an die Generalkommission.

Ich will nun versuchen Ihnen darzulegen, wie die Rechtslage in bezug auf den Tarif von allgemeinen gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus aufzufassen ist, ich möchte sagen, aufgefaßt werden muß. Wenn allerdings die Opponenten im Verband alle so denken wie die Genossin Teske, die eben meinte, daß die Vertreter der Zentralisation auf alle Fälle dahin wirken müßten, daß der Verbandsvorstand Recht bekommt, dann allerdings werden meine Ausführungen diesen Opponenten gegenüber auch keinen Einfluß ausüben können. Aber ich meine, man sollte doch solche Voraussetzungen fallen lassen. Wenn wir in derselben Weise Ihnen gegenübertraten würden, würden unsere Ausführungen wahrscheinlich etwas anders ausfallen, als sie tatsächlich von Vertretern Ihnen verwandter Berufsorganisationen gekommen sind und auch von mir kommen werden. Ich will also trotz dieser Voreingenommenheit, die dort schon zu bestehen scheint, erklären, daß nach der ganzen gewerkschaftlichen Situation und Auffassung dieser Tarif zu Recht besteht und zu Recht besteht, auch als die Lohnabmachungen noch nicht erfolgt waren.

Wie liegt denn die Sache? In den Verhandlungen am 18. Dezember wird zunächst festgestellt, ob die Vertreter der einzelnen Städte, die zusammengekommen waren, um einen Tarif zu vereinbaren, kompetent seien, den Tarif abzuschließen. Das wird festgestellt, und nun gibt weiter der Vorsitzende der Verhandlungen, Geheimrat Bügenstein, folgende Erklärung ab resp. stellt fest: „Also es ist beschlossen, daß eine Frage, über die im Plenum Einstimmigkeit nicht erzielt wird, zunächst einer Kommission überwiesen wird. Die Kommission würde dann nochmals dem Plenum Bericht erstatten. Erfolgt auch dann keine Einigung, wird die Frage dem Tarifamt zur Entscheidung überwiesen. Diesem zuletzt gefällten Urteil unterwerfen sich beide Parteien. Ist jemand dagegen? Ich stelle einstimmige Annahme fest.“ Mit dieser Festlegung waren die Vertreter der einzelnen Städte, die an den Verhandlungen fernherhin teilnahmen, gebunden an das, was dort beschlossen wurde. Wenn sie sich der Tragweite

dieser Festlegung des Vorsitzenden nicht bewußt waren, dann dürfen sie einer dritten Stelle keinen Vorwurf machen. Diese einfache Feststellung, die der Vorsitzende vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen vorgenommen hat, band alle, die dort vertreten waren, ohne Rücksicht darauf, ob sie bei einzelnen Bestimmungen des Tarifs dafür oder dagegen stimmen wollten. Die Teilnehmer, die heute gegen den Tarif opponieren, scheinen sich der Tragweite dieser Feststellung des Vorsitzenden nicht bewußt gewesen zu sein, sonst hätten sie sofort Widerspruch erheben und sagen müssen: nein, wenn wir von vornherein hierdurch gebunden werden und schließlich das Tarifamt die endgültige Entscheidung hat, wenn wir dann keinerlei Recht mehr besitzen, selbständig vorzugehen, dann scheiden wir bei den Verhandlungen aus. Fehlt aber dies Urteil bezüglich der Tragweite dieser Feststellung des Vorsitzenden, dann ist es verhängnisvoll, wie die ganze Opposition, die seitens der Berliner Ortsverwaltung gegen den Tarif gemacht worden ist, entstanden ist. Sie waren sich dessen nicht bewußt, was sie eigentlich dort bei Beginn der Verhandlungen selbst gemacht hatten, wie sie sich festgelegt hatten.

Dann aber weiter: Sie übernehmen — laut Protokoll nach dem Bericht der Genossin Thiede, nachdem Sie sich zurückgezogen und beraten hatten, auch wieder einstimmig — die Verpflichtung des Verbandes, die Garantie des Verbandes rechtsverbindlich für die Durchführung des Tarifs einzutreten, und Sie erklären sich, obgleich darüber große Auseinandersetzungen in den Verhandlungen stattgefunden haben, nachdem Sie wieder unter sich beraten haben, bereit, den § 14 fallen zu lassen. Alle Positionen der „Allgemeinen Bestimmungen“ werden von Ihnen gutgeheißen, für all dies stimmen Sie und dann kommt die Differenz über die Frage der Lohnhöhe. Nun aber waren Sie gebunden: war eine Einigkeit bei den Verhandlungen über die Lohnhöhe nicht zu erzielen, so hatte die Kommission und in letzter Instanz das Tarifamt zu entscheiden. Der Tarifvertrag ist also für alle die, die an diesen Verhandlungen teilgenommen haben, rechtsverbindlich, ob sie die Unterschrift dort gegeben haben oder nicht.

Nun suchen die Vertreter der Zahlstellen, die da sagen, der Tarif besteht nicht zu Recht, es so darzustellen, als ob sie eigentlich bei diesen Verhandlungen düpiert worden seien, als wenn sie vor Beginn dieser Verhandlungen über das, was geschehen sollte, nicht unterrichtet gewesen wären. Es wird gesagt: wenn wir gewußt hätten, daß die Voraussetzung für die Einleitung der Verhandlungen das Fallenlassen des § 14 war, und weiter, daß die Lohnsätze zentral geregelt werden sollten, dann hätten wir uns jedenfalls an den Verhandlungen nicht beteiligt. Nun aber besagt Ihr Protokoll der Gauleiterkonferenz vom 17. Dezember, also einen Tag vor jenen Verhandlungen, das Folgende auf Seite 6. Frau Thiede berichtet über diese Vorverhandlungen, die mit dem Tarifamt stattgefunden haben und sagt:

Zur Beratung sollten die Vertreter der Orte geladen werden, die Tarife für das Hilfspersonal haben. Es müßten dann aber auch die Löhne zentral geregelt werden, in ähnlicher Form, wie dies bei den Gehilfen der Fall ist. Der § 14 wird kaum zu halten sein, da auch die Gehilfen eine entsprechende Bestimmung haben fallen lassen müssen. Wenn unsere Vertreter darauf eingehen, dann wollte sich Herr Bügenstein dafür verwenden, daß die drei großen Berliner Zeitungsbetriebe erklären, so handeln zu wollen, als wenn der Paragraph noch zu Recht besteht. Alle Verbandenden waren sich nun klar darüber, daß die zentrale Regelung der Lohnfrage große Schwierigkeiten machen wird, da die Lohnunterschiede für das Hilfspersonal in den einzelnen Orten sehr große sind. Es soll versucht werden, so zu verfahren, daß sich die am meisten zurückgebliebenen Orte die höchsten prozentualen Lohnaufschläge gegeben werden. Alle Fragen sollen bei der Verhandlung im Plenum zuerst in der Generaldebatte verhandelt werden. Strittige Punkte soll dann das Tarifamt und eine aus den beiderseitigen Vertretern zu bildende Kommission erledigen.

Also auf dieser Gauleiterkonferenz ist das, was nachher sich bei den Verhandlungen am 18. Dezember vollzogen hat, den Gauleitern und auch den Vertretern von Berlin und München mitgeteilt worden. Dies Protokoll ist doch aber nur ein Auszug, ein ganz kurzer Auszug aus dem, was dort verhandelt worden ist, und wer Erfahrungen auf diesem Gebiete hat, weiß, daß in diesen Sätzen, die hier niedergelegt sind, nicht alles wiedergegeben ist, was bezüglich der zentralen Regelung der Lohnfrage und bezüglich des § 14 gesagt worden ist, er weiß, daß viel mehr darüber gesagt sein muß. Also mit der Entschuldigung können Sie nicht kommen, daß am 17. Dezember Ihnen das, worauf es ankommt, zentrale Regelung der Löhne und Fallenlassen des § 14 nicht gesagt worden sei. Diese Unkenntnis können Sie also nicht vorbringen, oder Sie müßten den Verhandlungen dort nicht gefolgt sein. Das würde aber einen sehr schlechten Eindruck für Sie herbörrufen, wenn Sie in einer so kritischen Situation nach dem Scheitern der Verhandlungen in Leipzig vor dem Wiederzusammentritt zu neuen Verhandlungen nicht allen Einzelheiten, die sich in der Gauleiterkonferenz abspielten, gefolgt sein sollten. Also Sie haben keinerlei Entschuldigung. Ich habe mich vorher erkundigt, ob dies Protokoll gelesen worden ist. Es wurde mir von der Genossin Hanna erklärt: Nein, das ist nicht geschehen, es ist immer auf die Verlesung des Protokolls verzichtet worden.“ Damit haben Sie also volles Vertrauen zu dem Schriftführer dokumentiert und müssen das Protokoll als rechtsverbindlich ansehen. (Frau Thiede: In dem Rundschreiben vom 7. Dezember ist es auch gesagt.)

Nun fragt es sich weiter: hatte der Verbandsvorstand das Recht, dann den Tarif — oder der Tarif brauchte von ihm ja eigentlich nicht mehr unterzeichnet zu werden — und die weiteren Vereinbarungen über die Lohnbedingungen abzuschließen? Meines Erachtens hat er das Recht auf Grund des hier schon von einem Vorredner erwähnten § 26 e Ihres Statuts, denn eine solche Situation, wie sie hier im Statut angenommen ist, lag vor. Der Gesamtverband hatte die Haftung für die Durchführung des Tarifs, der Tarif galt für Berlin, der Verband hatte mit seinen Mitteln für die Durchführung des Tarifs, für etwaige Kontraktbrüche einzutreten, der Verbandsvorstand hatte also das Interesse der Organisation gegenüber den Unternehmern zu wahren, er war verpflichtet, diese Unterschrift zu geben, wenn die Berliner Ortsverwaltung ihre Pflicht nicht tat, zu den Verhandlungen nicht kam. Der Verbandsvorstand war verpflichtet, hier im Interesse des Verbandes zu handeln, das ist die einfache Rechtslage auf Grund des § 26 e.

Nun ist von Dehmel gesagt worden, der Verbandsvorstand habe die Grundgedanken der demokratischen Organisation durchbrochen. Ja, was heißt denn demokratische Organisation? Heißt das, daß jeder nach seinem Belieben verfahren darf? Ist die Grundlage einer demokratischen Organisation etwa so aufzufassen, daß diejenigen, die an ihrem Ort glauben stark genug zu sein, den Unternehmern mehr abzurufen als die kleinen Orte, das Recht haben, nun innerhalb der Organisation ihre Maßnahmen zu treffen? Sie sind es, die den Grundgedanken der demokratischen Organisation durchbrochen haben, indem Sie sich in dieser Situation weigerten, Ihre Verpflichtungen zu erfüllen. (Sehr richtig!) Die demokratische Organisation gibt den Mitgliedern und Beamten der Organisation nicht nur Rechte, sondern sie legt ihnen auch Pflichten auf, und diese Ihre Pflichten innerhalb der demokratischen Organisation haben Sie vernachlässigt, Sie haben sie veräußert, indem Sie da, wo Sie das Interesse der Berliner Mitglieder zu vertreten hatten, nicht angetreten sind, indem Sie sich geweigert haben, nun auch die letzte Hand anzulegen, die Lohnfrage gemeinschaftlich mit den Prinzipalen, event. endgültig vor dem Tarifamt zu regeln. Ich will von der Verweigerung der Beiträge ganz absehen. Das ist ja auch wiederum sehr interessant gerade von Seiten derer, die nicht wollen, daß man die Grundlagen der demokratischen Organisation verläßt. Man verläßt sie eben dadurch, daß man der Zentralleitung des Verbandes die Beiträge verweigert.

Die Entschuldigung, Sie hätten noch eine Gegenrechnung gehabt, beseitigt diesen Beschluß auch nicht. In dem Beschluß ist keine Rede von einer Gegenrechnung, keine Rede von dem Darlehen, sondern da steht klipp und klar: So lange die Sache nicht von einem Verbandstag geregelt ist, wird die Berliner Ortsverwaltung dem Zentralvorstand die Beiträge verweigern. Damit stellen Sie sich tatsächlich außerhalb der Organisation, und die Genossin Hanna hatte ganz recht: wenn der Zentralvorstand rücksichtslos so hätte handeln wollen, wie er hätte handeln können, so hätte er diesen Beschluß nur zu Recht bestehen lassen zu brauchen, hätte den Verbandstag ein halbes Jahr später einzuberufen brauchen, dann war die erste Abrechnung auf Grund dieses Beschlusses nicht erfolgt, und damit stand die Berliner Zahlstelle außerhalb des Verbandes, sie hatte sich mit diesem Beschluß außerhalb des Verbandes gestellt, es bedurfte gar keines Ausschusses oder sonst etwas, sie gehörte eigentlich nach diesem Beschluß nicht mehr zur Organisation. Aber der Verbandsvorstand hat im Interesse der Organisation die Sache anders gemacht, er hat nicht die Quartalsabrechnung abgewartet, sondern hat den Verbandstag vorher einberufen, um die Sache zum Ausgleich zu bringen. Anstatt das nun anzuerkennen, daß der Verbandsvorstand im Interesse der Gesamtorganisation so gehandelt hat, drehen Sie den Spieß um und erklären: der Verbandsvorstand hat die demokratische Grundlage verlassen, er ist es, der hier zur Rechenschaft zu ziehen ist. In Wahrheit sollte die Ortsverwaltung Berlin hier zur Rechenschaft gezogen werden, wie ist es, die die Grundlage der demokratischen Organisation verlassen hat, die sich mit ihrem Beschluß außerhalb der Organisation gestellt hat. Die Berliner Ortsverwaltung ist es, die die Pflicht, die ihren Mitgliedern als Beamten in einer demokratischen Organisation oblag, verabsäumt hat, indem sie von den Verhandlungen, die über die Lohnhöhe stattfanden sollten, fern blieb.

Nun sagt die Ortsverwaltung Berlin allerdings, sie glaubte sich zu dieser ihrer Stellungnahme berechtigt nach dem mehrfach erteilten Rechtsgutachten des Rechtsanwalts Dr. Rosenfeld. Ich will Ihnen sagen: es ist schon sehr mißlich, einen Rechtsanwalt bei Organisationsfragen, wenn es sich um Strafprozesse handelt, hinzuzuziehen. Wer einigermaßen redegewandt ist, sollte die Herren Juristen in diesen Fragen lieber beiseite lassen. Aber in solch internen Organisationsfragen, wo auch ein Rechtsanwalt, der mit den Organisationsverhältnissen einigermaßen vertraut ist, vor den kompliziertesten Fragen steht, einen Juristen in Anspruch zu nehmen, ist ein starkes Stild. Sie hätten als langjährige Vertreter der Organisation sich das Gutachten selber geben können und müssen auf Grund der Bestimmungen, die festgelegt waren bei den Tarifverhandlungen am 18. Dezember. Nun ist aber dieses Rechtsgutachten doch auch widerrufen worden, nachdem der Rechtsanwalt darüber informiert worden ist, wie die Dinge tatsächlich liegen, daß der Tarif besteht auch ohne Unterschrift, daß er für die zehn Städte, die vertreten waren, insgesamt abgeschlossen wurde. Etwas anderes wäre es vielleicht gewesen, wenn die gesamten Vertreter der Buchdrucker-Hilfsarbeiter ausgeschlossen wären, damit wären die Verhandlungen gescheitert. Nachdem aber die Mehrheit der Vertreter der Arbeiter selbst sich für den Tarif erklärt hatte, bestand er für die Betroffenen, die an diesen Verhandlungen teilgenommen haben, insgesamt, nicht nur für die Orte, die unterzeichnet hatten, sondern für die zehn Orte, für die er insgesamt abgeschlossen worden ist. Dies Rechtsgutachten hätten Sie sich also ohne weiteres selbst ausstellen können.

Nachdem das Rechtsgutachten widerrufen war, als der Rechtsanwalt über das, was sich tatsächlich zugetragen hat, informiert worden war, wäre es eigentlich Ihre Pflicht gewesen, zu erklären: Wir haben uns getrrt, wir sind gebunden und müssen all die Konsequenzen ziehen, die sich aus dieser Gebundenheit für uns ergeben. Wenn dann der gute Wille zur Einigung vorhanden ge-

wesen wäre, hätte die Versammlung vom 7. Januar ganz leicht einen Ausgleich der Differenzen herbeiführen können. Frau Thiede hat in ihrem Bericht festgelegt und einige Redner aus Berlin haben es wiederholt. Frau Thiede hat Ihnen erklärt: Die Stellungnahme der Ortsverwaltung Berlin und der Mitgliedschaft scheint also herbeigeführt worden zu sein durch eine irrtümliche Rechtsauslegung bezüglich der Geltung des Tarifs. Wenn Sie nun den Willen gehabt hätten, es zu einer Einigung kommen zu lassen, hätten Sie nur ruhig zu erklären brauchen: Ja, wir sind jetzt neuerdings belehrt, das Rechtsgutachten ist widerrufen, wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, der Tarif ist rechtsverbindlich, und der ganze Streit wäre aus der Welt geschafft gewesen. Aber der Wille zur Einigung scheint eben nicht bestanden zu haben, es mußte zu all diesen Konsequenzen kommen, es mußten in dieser finanziell kritischen Situation, in welcher der Verband sich infolge der Ausdehnung des Kampfes befindet, dem Verbandsrat auch noch die Ausgaben eines außerordentlichen Verbandstages bereitet werden, und es mußte der Gewerkschaftswelt nicht nur, sondern der gesamten bürgerlichen Welt das Schauspiel bereitet werden, daß eine Arbeiterorganisation nicht in der Lage ist, eine solche interne Angelegenheit auch im internen Kreise zu erledigen. (Sehr wahr!) Sie haben hier tatsächlich etwas gegenüber der gesamten Gewerkschaftsbewegung begangen, was Sie nicht verantworten können — freilich scheint mir, daß Sie sich auch dieser Tragweite Ihres Vorgehens nicht bewußt gewesen sind. Also damals am 7. Januar war, wie gesagt, die Gelegenheit, durch eine friedliche Handbewegung, durch ein Wort, die ganzen Differenzen auszugleichen. All der Krakeel, all das Unangenehme dieser Auseinandersetzungen vor der Arbeiterschaft und der ganzen bürgerlichen Gesellschaft wäre dem Verbandsrat erspart geblieben.

Warum wollte man sich denn nicht einigen? Ich vermag wirklich nach all den Ausführungen, die ich hier gehört habe, keinen eigentlich zwingenden Grund zu sehen. Ich bin schließlich zu der Annahme gekommen — sie mag irrig sein — es scheint hier auch so wie in der bürgerlichen Gesellschaft zu gelten: die Frau darf niemals klüger sein als der Mann (Gelterteit), diesen Eindruck habe ich schließlich bekommen. Daß Ihre Verbandsvorsitzende eine Frau ist und hier das getan hat, was im Interesse des Verbandes geschehen mußte, das scheint der Vorwurf zu sein; sie durfte nicht klüger sein als die männlichen Vertreter der Mitgliedschaft Berlins. Ich wüßte sonst wirklich nicht, wo schließlich ein Grund vorlag, damals am 7. Januar nicht die Hand zur Einigung zu bieten.

Nun hätte ja der Verbandsvorstand den Tarif auch nicht abschließen können. Dann aber wären die Lohnverhältnisse für Berlin nicht so günstig geworden, wie sie nun tatsächlich sich gestaltet haben, dann hätten die Berliner einfach bekommen, was die Unternehmer vorgeschlagen hatten. Anstatt nun dem Verbandsvorstand dafür Dank zu wissen, daß er diese besseren Verhältnisse herbeigeführt hat, dadurch, daß er seine Pflicht erfüllt hat, da, wo die Berliner Ortsverwaltung sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht hat, will man ihm gerade aus diesem Umstand einen Strich drehen. Das ist aber nicht möglich, sobald Sie sich auf den Boden Ihres Statuts stellen.

Wenn wir also ganz von den Rechtsgründen absehen, so waren es in diesem Falle einfach Zweckmäßigkeitsgründe, die den Verbandsvorstand leiteten, im Interesse der Berliner Mitgliedschaft diesen Abschluß für Berlin zu machen, günstigere Lohnbedingungen für die Buchdrucker-Hilfsarbeiterchaft Berlins herbeizuführen. Also schon Zweckmäßigkeitsgründe hätten die Berliner Mitgliedschaft nötigen sollen, eine andere Stellung gegenüber dem Verbandsvorstand einzunehmen. Ich bin danach der Meinung, der Verbandsvorstand konnte bei ruhiger, objektiver Prüfung der Sachlage und Rechtslage zu gar keinem anderen Ergebnis kommen, als wie ich es Ihnen vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt ausgehend, dargelegt habe. Da mögen Sie uns Vertreter der Zentralfaktion Voreingenommenheit von vornherein vorwerfen — halten Sie sich an das, was geschehen ist, an das, was Sie selbst in Ihrem Statut niedergelegt haben, und der Ver-

bandstag wird zu keinem anderen Entscheid kommen können aus Rechtsgründen und aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Was sollte denn geschehen, wenn der Verbandstag zu einem anderen Entscheid käme? Glauben Sie, daß dann der Verband der Buchdrucker-Hilfsarbeiter noch als tariffähig gelten wird? Ziehen Sie einmal diese Konsequenz! Sprechen Sie hier dem bisherigen Verbandsvorstand gerade wegen dieser Handlungsweise ein Mißtrauensvotum aus, glauben Sie dann, daß von Seiten der Prinzipale Ihr Verband noch als tariffähig wird angesehen werden können?! (Sehr richtig!)

Dann eine andere Frage. Der Ausgleich ist schließlich herbeigeführt worden durch das Tarifamt der Buchdrucker, durch Vertreter dieser Organisation, mit der Sie ja nun einmal wohl oder übel zusammen zu leben genötigt sind. Was glauben Sie, wenn der Verbandstag zu einem Mißtrauensvotum gegenüber dem Verbandsvorstand in dieser Frage kommen würde, welche angenehmes Verhältnis sich dann zwischen den organisierten, tariftreuen Buchdruckern und diesen Tariffegnern — denn das würden sie dann sein — im Buchdrucker-Hilfsarbeiterverband herausstellen würde, wie die Verhältnisse sich dann in den Offizinen im Buchdruckgewerbe gestalten würden. Also wenn Sie die Rechtsgründe nicht gelten lassen wollen — Sie müßten sie eigentlich gelten lassen — dann würde ich Ihnen dringend raten, wenigstens diese Zweckmäßigkeitsgründe zu beachten. Es ist meiner Ueberzeugung nach gar nicht denkbar, daß in einem Beruf wie hier, wo der ausschlaggebende Teil, die Gehilfen, die gelerntten Arbeiter, im Tarifverhältnis stehen, auf die Dauer der andere mitbeschäftigte Teil, die Hilfsarbeiter, außerhalb des Tarifs stehen können. Ueber kurz oder lang wären die Unternehmer doch genötigt gewesen, auch mit den Buchdrucker-Hilfsarbeitern in ein ähnliches Tarifverhältnis zu treten, und nachdem nun einmal die Verhandlungen in Leipzig gescheitert waren, war es durchaus korrekt, wieder den Versuch zu machen, ein Tarifverhältnis herbeizuführen. Wenn das Tarifverhältnis heute auch nur für eine so geringe Zahl von Städten gegeben ist — es scheiden ja sogar noch zehn von denen, die früher einen Tarif hatten, aus — so bildet das doch die Grundlage für die Einführung des Tarifverhältnisses in den anderen Orten. Geben Sie aber dem Verbandsvorstand ein Mißtrauensvotum, desabouieren Sie das, was hier auf tariflichem Gebiet geschehen ist, dann wird die Möglichkeit der weiteren Tarifeinführung, die ich für ganz unumgänglich notwendig halte, nicht vorhanden sein. Da möchte ich gerade an die Vertreter der großen Zahlstellen die Mahnung richten: vergessen Sie nicht, daß unsere Gewerkschaftsorganisation eine demokratische Grundlage haben sollen (Herrmann-Dresden: haben so!!) und tatsächlich auch hat. (Widerspruch.) Wenn sie sie bei Ihnen nicht hat, so liegt das eben an Ihnen, wie ich dargelegt habe. Wenn Sie sich das Vergnügen bereiten, die demokratische Grundlage Ihrer Organisation zu durchbrechen, dann kann man allerdings bei Ihnen in Zweifel ziehen, ob Sie noch eine demokratische Grundlage haben. Die gewerkschaftlichen Organisationen haben eine demokratische Grundlage und wenn sie bei Ihnen durchbrochen ist, so liegt die Schuld nicht an der Zentralfaktion, sondern an denen, die außer der Reihe tanzen, die sich außerhalb der Organisation stellen, dadurch, daß sie die Beiträge verweigern und ihre Pflichten nicht erfüllen. Also, unsere Gewerkschaften haben eine demokratische Grundlage, und sie wird bei Ihnen auch wieder geschaffen werden wohl oder übel. An die Vertreter der großen Zahlstellen möchte ich die Mahnung richten: vergessen Sie nicht, wenn Sie sich in einer günstigen Position im Beruf befinden und tatsächlich auf einzelne Unternehmer wie Scherf, Wasse, Alstein in Berlin einen so großen Einfluß ausüben können, daß Sie auch ohne Tarif besonders günstige Bedingungen für Ihre Kollegen erhalten können, — dann vergessen Sie nicht: es leben in Deutschland noch eine ganze Menge Buchdrucker-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, die sich nicht in so günstiger Position befinden, und für die eine günstige

Position nur durch Tarifabschlüsse zu erreichen ist. Wenn Sie nun ihr Solidaritätsgefühl gegenüber diesen Arbeitsgenossen im Lande, die den Rückhalt einer kräftigen Organisation am Ort nicht haben, durch einen etwaigen Beschluß des Verbandstages preisgeben wollen, dann verlassen Sie allerdings endgültig das, was man in den gewerkschaftlichen Organisationen demokratische Grundlage nennt. Ich bitte Sie dringend, sich auch das zu überlegen. Aus Rechts- und Zweckmäßigkeitsgründen kann der Verbandstag zu einer anderen Entscheidung im vorliegenden Falle nicht kommen, und kommen Sie zu diesem Entschluß, dann ziehen Sie auch nachher die nötigen Konsequenzen. (Lebhafter Beifall.)

Blechschmidt = Berlin: Der Berliner Zahlstellenleiter ist nicht allein der Verantwortliche. Die Mitglieder Berlins haben diese Stellung beschloffen. Bei dem letzten Zeitungskonflikt hat Herr Bucher uns in der „Solidarität“ beschimpft. Der Zentralvorstand soll sich einmal in die Gesühle der Mitgliedschaft hineinversetzen. Redner polemisiert in seinen weiteren Ausführungen, die ihm eine Rüge eintragen, gegen Arbeitervertreter auch anderer Verbände.

Baumgarten = Berlin: rechtfertigt noch einmal die Haltung der Lohnkommision. Der Hauptvorstand hätte ruhig noch einen Tag warten können, aber der Ortsvorstand sollte verhindert werden, mitzureden. Den Vorwurf der mangelhaften Kassenführung sucht Redner damit zu entkräften, daß nur einmal beim Abdrucken einige Tausend Mark vergessen worden sind, 4000 Mk. aber fehlten nicht. Ich will nicht persönlich werden wie Lobast, damit hat Lobast den Hauptvorstand keinen Gefallen getan. Ich kann nachweisen, daß im Hauptbureau auch nicht alles so liegt, wie gesagt wird (Zuruf: Beweisen!), nein, ich will nichts beweisen und lasse mich nicht provozieren. Ich behaupte nach wie vor, daß wir im Recht waren.

Stichert = Stettin: Wir erhielten eines Tages einen Brief aus Berlin, in dem uns Moritz fragte, ob zu unserer nächsten Versammlung der Hauptvorstand erscheint, er würde gerne dann in Stettin über den Berliner Konflikt sprechen. In Stettin brüstete sich Moritz, den dortigen Tarif aufgehoben zu haben. Faktisch hat aber der Hauptvorstand diesem Tarif die Genehmigung verweigert. Die dann von Moritz geschaffenen Hausverträge sind auf den Namen der im Betriebe Beschäftigten abgeschlossen worden. Diese wurden dann entlassen und andere billigere Arbeitskräfte eingestellt.

Werner = Stuttgart: Auch Herrmann ist leider in dem andern Lager zu finden trotz der bösen Erfahrungen in Dresden. Dringt seine Ansicht durch, bekommen wir mehrere Dresden. Beim Zeitungskonflikt hat Moritz vollständig versagt. Er hat es anderen überlassen, sich durch korrekte Haltung unbeliebt zu machen. In weiteren Worten kritisiert Redner die Berliner Vertreter. Was der Hauptvorstand erreicht hat, ist doch ein Vorteil. Hätten wir jetzt keinen Tarif, wären jahrelange Errungenschaften dahin. Die Sachlage ist von Thiede und Bucher richtig eingeschätzt worden, das haben auch bewährte Gewerkschaftsvertreter anerkannt. Der Hauptvorstand war verpflichtet, so zu handeln, damit hat er sich ein Verdienst erworben, ihm gebührt unsere Anerkennung. Es ist viel leichter zu kritisieren, als andere Wege zu zeigen.

Mittagspause.

Nachmittagsstiftung.

Frau Woffe = Bremen (zur Geschäftsordnung): Da der Verbandstag schon 2½ Tag währt, beantragt Rednerin Schluß der Debatte.

Der Antrag wird angenommen; es wird nur Moritz gestattet, vor dem Schlußwort der Kollegin Thiede zu sprechen.

Moritz = Berlin: drückt sein Befremden aus, daß auf diesem Verbandstag der ganze Hauptvorstand anwesend ist. Bei der Steindruckbewegung sind wir gegenüber Nürnberg benachteiligt gewesen. Die ausichtslose Bewegung mußte abgebrochen werden. Ich habe in der Gau-

letterkonferenz meinen Standpunkt dargelegt. Wir hatten Nürnberg die Mittel zum Weiterstreifen für eine Woche bewilligt, in Berlin mußte abgebrochen werden. Man hat also hier mit zweierlei Maß gemessen. Redner wendet sich gegen die Ausführungen des Kollegen Hornke und weist aus dem stenographischen Verhandlungsprotokoll nach, daß er, Redner, gesagt hat, was er zu sagen hatte, die Proving aber hat sich ausgezwungen. Kollegin Thiede hat die Kollegen Woffe gezwungen, bei der entscheidenden Abstimmung aufzustehen. (Zuruf: Das ist nicht wahr.) Wenn ich bei der jetzigen Zerfahrenheit, die in Berlin herrscht, mehrere solcher Hausverträge abschließen könnte, wie die von Hornke erwähnten, wäre ich froh. Hornke kennt die Verhältnisse nicht, über die er spricht. Hier wurde die Frage aufgeworfen, was hat Berlin für Löhne gefordert? Unsere Forderungen sahen anders aus; das, was erreicht wurde, war reduziert. Nicht wir, nein unsere Berliner Versammlung hat uns am 31. Dezember beauftragt, nicht zu Verhandlungen zu gehen. Ich bin vom Hauptvorstand immer dazu benutzt worden, Zwietracht zwischen Mitgliedschaft und Ortsvorstand zu säen. Bucher sprach von systematischer Verbeugung. Das trifft den Kollegen Bucher. In Halle hat Bucher 1905 gegen die Kollegin Thiede gehetzt, sodaß ich zu Bucher sagte: „Das ist nicht schön.“ Daß ich gesagt habe, „ich haue dem Hauptvorstand eins an“, gebe ich zu; aber Schuld daran war die Haltung der Kollegin Thiede auf der Generalversammlung der Buchdrucker. Daß ich gegen den Versuch, mir ins Handwerk zu pfeifen, Front machte, ist selbstverständlich. Auch bei der Beilegung des Zeitungskonfliktes glaubt Redner seine Kräfte eingesetzt zu haben. Daß er bei dieser Angelegenheit eine traurige Rolle gespielt hat, glaubt der Redner nicht. Weiter wendet sich Moritz scharf gegen den Kollegen Lobast: das Geld, daß er (Moritz) für die Stettiner Agitation zu viel erhalten hat, ist später auf den Einspruch Lobasts zurückgeschickt worden. Der Vorwurf, die Truppen verraten zu haben, trifft nicht zu; die Unternehmer wissen genau, was bei uns vorgeht. Der Buchdruckerarbeiter hat heute keine Rechte mehr, er kann seine Arbeitskraft nicht verkaufen, wie er will. Ein solcher Tarif, wie er jetzt besteht, kommt nicht mehr zustande, dann wird das Wort von der Freiheit wahr bleiben.

Thiede = Paul Herrmann = Dresden: hat in recht scharfer Form gegen den Tarif gesprochen, so daß man annehmen könnte, daß in Dresden so gute Verhältnisse bestehen, daß ein Tarif überflüssig ist, wenn er nicht mehr bringt, als wir am 18. Dezember erreichen konnten. Herrmann weiß aber, daß in Dresden in einer Reihe von Firmen für das Hilfspersonal noch die zehnstündige Arbeitszeit besteht, ebenfalls daß auch die Löhne bringen verbesserungsbedürftig sind. Für Paul Herrmann persönlich spielt ja die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen keine Rolle mehr, denn wir haben ihn aus einem bürgerlichen Betrieb herausgenommen und in der Parteizeitung untergebracht. Kollege Paul Herrmann hat dadurch die achtsündige Arbeitszeit erhalten, hat ferner den höchsten Lohn, der in Dresden für Notationsarbeiter gezahlt wird und hat auch Ferien. Von einem Vorstehenden einer Zahlstelle sollte man aber erwarten können, daß er in erster Linie für die Besserstellung der Mitglieder eintritt und nicht nur von seinem persönlichen Standpunkt handelt. Die Befugnisse der Gauleiterkonferenzen gefallen P. Herrmann schon von Anfang an nicht, doch mußte er wissen, daß der Bremer Verbandstag den Gauleitern diese Kompetenzen eingeräumt hat.

Wenn auch hier wieder die Umrechnungstabelle angegangen worden ist, so hat doch der Bremer Verbandstag die Einführung dieser Tabelle als Notwendigkeit anerkannt, weil sonst für die Verbandstasse eine ganz bedeutende Schädigung entstanden wäre, die wir nicht verantworten konnten. Wenn Schmid-München den Tarifabschluß vom 18. Dezember so sehr bekämpft und Verschlechterungen darin erblickt, die er uns nicht nachgewiesen hat, so soll er doch nicht vergessen, daß er selbst den 1910 erneut vereinbarten Tarif

für das Steindruckhilfspersonal mit recht geringen materiellen Erfolgen abschließen mußte, trotzdem diese Bewegung eine gemeinsame mit Steindruckern und Buchbindern war. Es war nach Lage der damaligen Verhältnisse nicht mehr zu erreichen, und wir sind diesmal im Buchdruckgewerbe nach schon einmal gescheiterten Tarifverhandlungen in einer noch schwierigeren Situation gewesen. Kollegin Thiede schildert dann eingehend die Gegenagitation, die Moritz getrieben hat; er hat sich in der Hauptsache alle die Orte und Personen ausgesucht, wo der Verbandsvorstand gelegentlich sachliche Differenzen hatte. Das Mitteilungsblatt hat Moritz an alle Zahlstellen versandt. Die durchaus einwandfreie Aufstellung des Kandidaten für Stettin hat Moritz angefochten, aber in Berlin hat Moritz den Kollegen Baumgarten zum Verbandstag wählen lassen, während Baumgarten in Hamburg eine Versammlung gegen uns abgehalten hat. Die Rednerin widerlegt in eingehender Weise alle erfolgten Angriffe, und auch die gehässigen persönlichen Angriffe gegen den Kollegen Bucher wurden durch eingehende Begründung und Schilderung der Situation zurückgewiesen und allen Teilnehmern verständlich und begreiflich gemacht. In eingehender Weise besprach Kollegin Thiede die Vorlonferenz, die auf Kosten der Berliner Zahlstelle am 21. Februar abgehalten worden ist und in der die Posten für den neu zu wählenden Verbandsvorstand verteilt wurden und wo die unbedingte Majorität von 22 Stimmen festgelegt wurde. Diese Treibereien gegen Tarifgemeinschaft und Verbandsvorstand wurden von der Rednerin scharf kritisiert. Nach einem Rückblick über die geleistete Agitations- und Organisationsarbeit schloß die Rednerin mit dem Hinweis darauf, jederzeit in dem Bewußtsein vollster Pflichterfüllung gehandelt zu haben.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Kollegen Hornke, Herrmann, Frau Woffe, Gloth, Schmid, Schulze, Franz Herrmann, Moritz, Streicher, Stiefel.

Es läuft eine genügend unterstützte Resolution von Lehmeier-Augsburg ein, die folgenden Wortlaut hat:

Der außerordentliche Verbandstag der Buch- und Steindruckerehilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erzieht in dem Tarifabschluß am 18. Dezember in Berlin absolut nicht die Vorteile, die der Zentralvorstand und insbesondere die Kollegin Thiede und den Kollegen Bucher veranlassen konnten, gegen den Willen der Berliner Kollegenschaft den Tarif für dieselbe zum Abschluß zu bringen.

Anerkannt, daß durch diesen Tarifabschluß minimale materielle Vorteile für die abschließende Partei gebracht wurden, sind dieselben doch nicht derart, daß sie die in den „Allgemeinen Bestimmungen“ geschaffenen Verschlechterungen aufwiegen könnten.

Weiter ist durch diesen Tarifabschluß durch keinerlei Modifikation eine Gewähr geboten, daß außer den zehn Tariforten die weiteren zehn Tariforte, die bisher einen Tarif hatten, ohne größere Opfer und Kämpfe wieder die Segnungen eines Tarifs genießen können, geschweige denn erst die anderen dem Verbände noch nicht angeschlossenen Druckorte.

Selbst wenn vom Rechtsstandpunkt aus auch der Verbandsvorstand berechtigt ist, Tarife abzuschließen, verlangt der Verbandstag vom Zentralvorstand, daß er nicht ohne den Willen der Mitglieder diesen Tarife aufzwingt.

In namentlicher Abstimmung wird die Resolution Krethschmar (siehe Hauptblatt, 1. Seite) mit 25 gegen 19 Stimmen angenommen, wodurch die zuletzt eingebrachte Resolution Lehmeier-Augsburg gegenstandslos geworden ist.

Schluß 7 Uhr.

(Nächster Verhandlungstag siehe Beilage.)

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 9.

Berlin, den 2. März 1912.

18. Jahrgang.

Vierter Verhandlungstag.

Sonntag, den 25. Februar.

Vormittags-Sitzung.

Auf Antrag Werner-Stuttgart wird der zweite Punkt der Tagesordnung, Wahlen zum Verbandsvorstand, durch die Annahme der Resolution I als erledigt betrachtet.

Unter „Verschiedenes“ gibt Kollegin Thiede einen Bericht zur Bewegung im Steindruckgewerbe. Wir konnten uns in Leipzig, dem Ausgangsort der Bewegung, den Gehilfen nicht anschließen, da wir dort tariflich festgelegt waren. Der Schutzverband erklärte sich den Gehilfen gegenüber wohl zu Verhandlungen bereit, gab aber einen bestimmten Termin nicht an. Die Gehilfen beschloßen darauf in einer sehr stark besuchten Versammlung die Streikbildung. Die dann erfolgten Verhandlungen scheiterten und die Gehilfen traten in den Streik ein. Trotz unseres Tarifverhältnisses in Leipzig erfolgten seitens der Unternehmer in verschiedenen Firmen Massenkündigungen des Hilfspersonals, die jedoch auch vom Tarifamt nicht als Tarifbruch ausgelegt wurden. Daraufhin hoben wir in Leipzig den Tarif auf. Verschiedene Steindruckereibesitzer erhoben Klage auf Schadenersatz und wegen Schädigung durch eine Sperrnotiz in der „Leipziger Volkszeitung“. In anderen Städten erfolgte nach den gescheiterten Verhandlungen in Leipzig die Aussperrung der Gehilfen. Die Taktik der Gehilfen war derart, daß nur die Schutzverbandsfirmen angegriffen wurden. Nach unserem Dafürhalten eine falsche, denn nicht nur diese Firmen sperrten aus. Wir wurden von den Gehilfen nicht genügend informiert und kamen so in eine äußerst schwere Situation. Es war uns oft nur in letzter Stunde möglich, unsere Forderungen einzureichen, ehe wir in die Bewegung gedrängt wurden. Die nicht genügende Informierung war nicht böser Wille des Vorstandes der Steinrunder. Der Schutzverband lehnte auf Ersuchen des Genesfelderbundes Verhandlungen mit den Hilfsarbeitern ab. Nach der Verständigung mit den Gehilfen auf der Berliner Gauleiterkonferenz unter dem Vorsitz der Generalkommission sollte aber der Abschluß nicht von dieser Weigerung abhängig gemacht werden. Unsere Mitglieder in der Provinz konnten oft nicht verstehen, daß sie im Betriebe bleiben mußten, sie wollten nicht mit Streikbrechern zusammen arbeiten. Durch ihre Arbeitsniederlegung wurde aber die Situation für die Gehilfen auch nicht günstiger. Der Kampf mit den Gehilfen drehte sich hauptsächlich um die Arbeitszeit, und mit der 53 stündigen Arbeitszeit mußte doch endlich abgebrochen werden. Die Bewegung kostete uns eine Viertelmillion Mark. Im Einverständnis mit den Gehilfen wurde noch vor Schluß der Bewegung der Streik von uns abgebrochen. Mit dieser Maßnahme waren viele der Streikenden, hauptsächlich die, welche noch nicht berechtigt waren, unzufrieden. Der Verbandsvorstand beschloß, eine Ausnahme für Nürnberg zu machen, nachdem die Gehilfen die Differenz zwischen Streik- und Arbeitslosenunterstützung zu zahlen sich bereit erklärt haben. Stuttgart hat von uns nichts bekommen noch gefordert, auch Leipzig nicht. Der Verbandstag wird die Frage zu prüfen haben, wie und in welcher Höhe die Opfer der Bewegung zu unterstützen sind. Der Ausgang war kein günstiger. Das Schamacherium kann nicht anders bekämpft werden, als durch Geschlossenheit der Gehilfen und Hilfsarbeiter. Eine geteilte Bewegung kann es im Steindruckgewerbe niemals geben.

Franz Herrmann - Dresden berichtet über die Bewegung in Dresden. Die Unzufriedenheit war auch hier groß, als der Hauptvorstand am 23. Dezember die Bewegung abbrach. Wir haben diesen Beschluß auch erst später zur

Kenntnis der Mitglieder gegeben. Wir müssen uns aber darüber schlüssig werden, ob die durch den Streik oder ihre Organisationszugehörigkeit während der Bewegung arbeitslos gewordenen Mitglieder nur Arbeitslosenunterstützung bekommen. Redner schildert eingehend die durch Aufhebung der Bewegung in Dresden bestehenden Verhältnisse. Viele Mitglieder haben bei ihrer Arbeitsaufnahme einen Redners unterschreiben müssen, der sie bei Geldstrafe verpflichtet, aus dem Verbanne auszutreten.

Redling - Nürnberg: Die schlimmen Erfahrungen, die Dresden in der Steinruckbewegung machen mußte, machten wir nicht; wir stellten Mindestforderungen für Anlegerinnen und Steinschleifer; die Verhandlungen scheiterten. In dem darauf folgenden Kampf schlug sich unser Hilfspersonal sehr gut. Redner geht näher auf die Nürnberger Bewegung ein.

Schulze - Leipzig ist der Ansicht, daß die Steinruckbewegung ebenso wichtig ist als die Tarifbewegung im Buchdruck. Hat der Hauptvorstand mit seiner plötzlichen Frontänderung der Bewegung einen Dienst erwiesen? Ueber unsere Taktik wurde von anderen Orten der Stab gebrochen, hier in Leipzig wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Bewegung zuerst wieder entfallen. Unsere Meinungsverschiedenheit mit den Berlinern resultiert aus der verschiedenartigen Auffassung. Hätte der Verbandsvorstand bei der Bewegung Gewehr bei Fuß gestanden, würde er die volle Verantwortung für das Scheitern zu tragen haben. Das tat er nicht.

Sillier, Vorsitzender des Verbandes der Lithographen und Steinrunder: Die Arbeitszeitfrage mußte für uns die ausschlaggebende Rolle spielen, weil die Mehrheit der bei uns Organisierten eine kürzere Arbeitszeit als die der Buchrunder haben. Aber auch die Lohnfrage spielte keine untergeordnete Rolle, es war die wichtigste Frage. Zur Haftpflicht mußten wir uns bereit erklären, Reichsgerichtsentscheide haben des öfteren Gewerkschaften zum Schadenersatz verpflichtet. Die Haltung des Hilfsarbeiterverbandes erscheint sehr wohl verständlich. Wir haben unsere Entschließung auch nicht immer von den Gauleiterkonferenzen abhängig gemacht. Einen großen Fehler würden wir gemacht haben, hätten wir Nichtschutzverbandsfirmen angegriffen. Die Firmen haben nicht überall die Hilfsarbeiter ausgesperrt, wo die Gehilfen ausgesperrt wurden. Wir waren in 50 und die Hilfsarbeiter in 14 Städten an der Bewegung beteiligt. Redner gibt zu, daß der Einfluß auf die Bewegung durch die Hilfsarbeiter nicht so ausgeübt werden konnte, wie es nötig ist. Die völlige Geschlossenheit der Gehilfen und Hilfsarbeiter wird erst dann recht möglich, wenn der Industrieverband besteht. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir vom Ortstarif zum Zentraltarif kommen. Wir sind aber nicht neidisch, daß die Leipziger Hilfsarbeiter einen Tarif haben und wir nicht. Unsere Mitglieder würden sich weigern, dort mit Schutzverbandsfirmen einen Tarif einzugehen. Der vorzeitige Abbruch der Nürnberger Bewegung mußte vermieden werden. Sie war dort geschlossen eingeleitet und mußte auch so abgeschlossen werden.

Werner - Stuttgart: Bei uns hat es von Anfang an ein gemeinsames Vorgehen gegeben. Von den 111 am Streik Beteiligten haben wir im Laufe der Bewegung den größten Teil bis auf ungefähr 30 untergebracht. Der Beschluß des Verbandsvorstandes, der den Abschluß der Bewegung brachte, überraschte auch uns sehr unangenehm. Wir wußten jedoch, daß durch den einseitigen Abbruch die Verwirrung in den Kampf getragenen Worten wäre und haben darum beschloßen, aus eigenen Mitteln den Kampf zu einem gemeinsamen Ende zu führen.

Kloth, Vertreter der Buchbinder, äußert sich zu der verflochtenen Steinruckbewegung und hätte ein solches Zusammenarbeiten unter den Hauptvorständen nicht für möglich gehalten. Es ist notwendig, daß bei solchen Anlässen eine Verständigung zwischen den Hauptvorständen vorher stattfindet. Zu der Taktik des Steinruckverbandes hätte Redner es für ratsam gehalten, vorher abzurechnen und untersucht in seinen weiteren Darlegungen das pro und contra der ganzen Bewegung. Der Buchbinderverband steht auf dem Standpunkt eines Industrieverbandes, hat sich aber bei solchen Bemühungen oft einen Korb geholt. Möge nun der Versuch zur Schaffung eines graphischen Industrieverbandes von anderer Seite ausgehen.

Der Verbandsvorstand bringt folgende Resolution ein:

Der außerordentliche Verbandstag ist nach eingehender Beratung über die Ursachen, den Verlauf und den Abschluß der Bewegung im Steinruckgewerbe zu der Ueberzeugung gekommen, daß es für die Zukunft nicht möglich ist, im Steinruckgewerbe einseitig solche Bewegungen vorzubereiten und durchzuführen. Der spätere Anschluß des Hilfspersonals an das Vorgehen der Gehilfen kann niemals für beide Teile die Erfolge auslösen, die im Interesse der im Gewerbe beschäftigten Gesamtarbeiterschaft erlangen werden müssen.

Aus diesem Grunde erwartet der Verbandstag, daß auch der Deutsche Genesfelder-Bund sich dieser Auffassung anschließt und in Zukunft bei geplanten Bewegungen rechtzeitig unseren Verbandsvorstand informiert und ihm das Recht der Mitentscheidung und Mitleitung einräumt.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß durch die verflochtene Bewegung in einigen Städten noch eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen ohne Arbeit und Unterstützung sind, beschließt der Verbandstag, aus dem durch die ausgeschriebenen Extrabeiträge angeammelten Fonds diesen Mitgliedern auf eine weitere Dauer von fünf Wochen Arbeitslosenunterstützung zu zahlen.

Der Verbandstag erwartet von der Kollegenchaft im Steinruckgewerbe, daß sie mit derselben Ausdauer und Geschlossenheit wie bisher auch fernerhin für die Ausbreitung und Kräftigung des Verbandes eintritt, damit wir dem Unternehmertum im Gewerbe fester und aktionsfähiger als je zuvor gegenüberstehen können.

Klingst - Waun: Bei uns bestehen große Steinruckbetriebe. Hier können die Gehilfen ohne unser Mitteln nichts erreichen. Redner begrüßt den Industrieverband, den uns die Entwicklung bringen wird. Die „Solidarität“ möge über solche Bewegungen mehr bringen.

Redling - Nürnberg spricht noch einmal zur Sache.

Schulze - Leipzig geht polemisch gegen Sillier näher auf die Leipziger Bewegung ein; die Gehilfen unterstützen uns nicht so, wie es hätte sein müssen. Redner erklärt zur Resolution des Verbandsvorstandes sein Einverständnis.

Moritz berichtigt einen Irrtum Silliers. Hier ist mit zweierlei Maß gemessen worden, dagegen ist zu protestieren.

Behrendt - Danzig bittet Sillier, seinen Einfluß geltend zu machen, um in Ostpreußen die Bewegung zu beleben.

Sillier: Kloth irrt, wenn er meint, daß es besser für uns gewesen wäre, die Arbeit früher aufzunehmen; wir hätten alles verloren, mit weisen Lehren ist hier nichts getan. In bezug auf einen Industrieverband ist Redner der Ansicht Kloth's; solange wir den nicht haben, müssen wir

durch Kartellverträge eine Gemeinsamkeit des Vorgehens möglich machen.

Schleib=Halle berichtet über die Hallenser Bewegung; unsere Taktik war nicht die richtige, unsere Kollegen sind alle wieder untergebracht.

Czempin=Frankfurt a. M. erörtert Frankfurter Verhältnisse und beschwert sich über die mangelnde Solidarität der Gehilfen in seinem Ort, trotzdem erreichten wir durch Verträge sogar Ferien.

Kloth (Buchbinder): Meine Worte sollten keine Kritik, sondern nur ein guter Ratsschlag sein.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Herrmann=Dresden fragt, ob die ausgeperrt Gewesenen auch die ausgeschriebenen Extrabeiträge entrichten müssen. Diese Anfrage beantwortet Kollegen **Thiede** dahin, daß alle Mitglieder sich diesem Beschluß zu unterwerfen haben. Alle vor der Bewegung eingetretenen Mitglieder müssen diesen Beitrag leisten.

An der weiteren Klärung dieser Frage beteiligen sich noch mehrere Redner, u. a. auch **Bucher**, der eine Befassung der Druckereifassierer, wie **Gloth**-Berlin sagt, nicht finden kann. Als endgültiges Ergebnis wird festgestellt, daß die nach dem 1. Januar Eingetretenen vom Extrabeitrag befreit sind.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht.

Thiede=Berlin faßt das Gesamtergebnis des Verbandstages zusammen. Es war immer Brauch, daß die Majorität auf dem Verbandstag entschied; die angenommene Resolution hat den Weg gezeigt, den wir in Zukunft gehen wollen, trotz aller Zwijügigkeiten steht uns das Interesse der Gesamtheit am nächsten. In warmen Worten appelliert Rednerin an alle Anwesenden und fordert zu gemeinsamer Weiterarbeit auf.

Wleich, Vorsitzender, dankt zum Schluß dem Verbandstag für das entgegengebrachte Vertrauen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wird der Verbandstag geschlossen.

Schluß 1/3 Uhr.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Dieser Zeitungsendung liegt die Statistische Karte für den Monat Februar bei, die wir genau ausgefüllt bis spätestens 8. März an uns einzuliefern bitten.

Der Verbandsvorstand.

S. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Die Lage der arbeitenden Klassen und der Schutz der Arbeitswilligen.

I.

Das Los der ärmeren Volksklassen.

Jahraus jahrein wird das Leben der arbeitenden Bevölkerung von der gleichen monotonen Arbeit, von den gleichen Sorgen, Widrigkeiten und Gefahren ausgefüllt. Immer die gleiche Bedrückung — immer die gleiche Unsicherheit der kümmerlichen Existenz. Dazu kommt die Gewissheit, daß nach einem arbeitsreichen Leben die Unsicherheit noch sehr viel größer wird. „Die schadhafte, veraltete Maschine“, so sagt in seinen Schriften der bürgerliche Sozialpolitiker **Freiherr Karl von Bogelsang**, „gibt man ins alte Eisen; alte Arbeitstiere töten man — aber den durch Arbeit verbrauchten Menschen aus dem Straßensplanzen werfen, ist gegen das Naturrecht, vom Christentum gar nicht zu reden — obgleich wir ein solches Verfahren alle Tage als Regel bei Fabrikanten mitten im Christenlande sehen können“. Nach einem arbeitsreichen Leben droht der Hunger.

Da sind die guten Lehren des Bürgertums, der Arbeiter solle heizzeiten für die Jahre des

Alters sparen, nichts als blutiger Hohn. Selbst, wenn der Arbeiter wirklich zum Sparen kommen würde, so wären diese Ersparnisse doch lächerlich gering, und sie könnten nicht einmal über die Zeiten der Arbeitslosigkeit, Not und Krankheit hinweghelfen. Doch nur zu gründlich hat die kapitalistische Gesellschaft dafür gesorgt, daß selbst die ange strengteste Arbeit die Ausbeuteten nicht über die kümmerliche Existenz, über Not, Sorge und Entbehrung hinaushebt, sie hat gründlich dafür gesorgt, daß der Arbeiter immer wieder für die unwürdigsten Bedingungen seine Arbeitskraft hergeben muß — an Sparen ist garnicht zu denken. Wozu soll denn auch der Arbeiter sich Reichtümer sammeln — so sagen die Vertreter der kapitalistischen Gesellschaft — da doch unsere herrliche Gesellschaftsordnung ein großes Heer abhängiger und nichtbesitzender Existenzen erschafft! Die Gesellschaft will doch einen Nutzen vom Arbeiter haben, und das kann sie nur, wenn er anspruchslos und abhängig ist und bleibt.

Die kapitalistische Gesellschaft gibt der arbeitenden Bevölkerung einen geringen Betrag von dem Ertrage ihres Fleisches, der nicht einmal dazu ausreicht, die notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgüter hinreichend zu decken. Sie ist den Gefahren der Arbeit ausgesetzt, die sie zumeist unter ganz unhygienischen Bedingungen verrichten muß. Weite Kreise des arbeitenden Volkes sind gezwungen, in ungesunden und unzulänglichen Wohnungen zu hausen. Unter den Kindern des arbeitenden Volkes herrscht die weitans größte Sterblichkeit. Alle Mühsale sind anscheinend dazu bestimmt, die Not zu verschärfen.

Dazu das immer drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit. Nicht nur die Ueberfüllung der Berufe schließt die Gefahr der Arbeitslosigkeit ein, sondern in erster Linie die Ueberfütterung des Weltmarktes, die Ueberproduktion. Da die Kaufkraft des Volkes infolge der geringen Entlohnung auch nur eine geringe sein kann, so bietet sie der einheimischen Produktion und dem einheimischen Handel bald kein fruchtbares Feld der Betätigung mehr. Neue Absatzgebiete müssen erschlossen werden. Doch auch die neuen Absatzgebiete sind bald erschöpft, da die Kapitalisten aller Länder mit Warenproduktion sich auf sie stürzen, und da die Länder, die zunächst als neue Absatzgebiete in Frage kommen, mehr und mehr selbst zur kapitalistischen Produktionsweise übergehen. Die sich herausbildenden Wirtschaftskrisen treffen aber vornehmlich das arbeitende Volk, weil das Unternehmertum sich in Krisenzeiten der überflüssigen Arbeiter kurzerhand entledigt. Die kapitalistische Gesellschaft erkennt aber eine Verpflichtung zur Unterstützung bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit nicht an. Unbedenklich überläßt sie die Betroffenen ihrem Schicksal, nachdem die bestehenden Klassen Vorrechte aus der Arbeit der zur Arbeitslosigkeit Verurteilten gezogen hatten. Diese unfreiwillige Ferienzeit bedeutet für den Arbeiter Not und Sorge, während den bestehenden Nichtstuern unverdiente Ferien- und Erholungszeiten beschieden sind. Das kennzeichnet überhaupt die ganze Ungerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß den bestehenden und herrschenden Klassen der Gewinn mühelos in den Schoß fällt, während den arbeitenden Klassen alle Gefahren der Arbeit und alle Not und Sorgen des Lebens zugeschoben werden. Welch ein Widerspruch ist es doch, die arbeitenden Klassen auch als die ärmeren anzusprechen zu müssen! Und doch erblickt alle Welt darin nichts außergewöhnliches und unmoralisches. Im Gegenteil! Die Forderungen und Wünsche der Arbeiter wurden sofort bei ihrem Auftreten und werden noch heute als unverschämte Zurückweisungen, so daß den Arbeitern nichts als die Selbsthilfe übrig blieb. Je mehr Abneigung bei den bestehenden Klassen gegenüber den nur zu berechtigten Forderungen der Arbeiter bestand, desto wirksamer mußte da die Selbsthilfe werden, und je mehr die Arbeiter erkannten, daß sie eine Besserung ihrer Lage nur von der Selbsthilfe, von den Arbeiterorganisationen, zu erwarten hatten, desto mehr erstarkte die moderne Arbeiterbewegung. Aber auch die Arbeiterfeinde wurden unruhiger. Wandten sie sich vordem gegen die Berechtigung der Arbeiter-

forderungen, so wenden sie sich nun mit allem Nachdruck gegen die Wirksamkeit der Selbsthilfe der Arbeiter, gegen die moderne Arbeiterbewegung. Sie machten auch wohl geringe sozialpolitische Zugeständnisse, um den Anschein der Arbeiterfreundlichkeit zu erwecken.

Daß die unzulänglichen Zugeständnisse des Bürgertums in der Sozialpolitik weniger dazu dienen sollen, die unsoziale Lage der arbeitenden Bevölkerung zu heben, als vielmehr der modernen Arbeiterbewegung Abbruch zu tun, ist von den ersten Befürwortern der deutschen Sozialpolitik selbst zugegeben worden. Immer wieder, selbst bei Sozialpolitikern von Ruf, tritt der Kampf gegen die Arbeiterbewegung als treibendes Moment in der Sozialpolitik hervor. So sagte der Abgeordnete **Graf Posadowsky** in der Reichstagsitzung vom 16. Februar 1912: „Die Sozialdemokratie ist deshalb in Deutschland so angewachsen, weil man zu lange Zeit hat vergehen lassen, ehe man sich um das Los der ärmeren Volksklassen wirklich gründlich kümmerte.“ So folgern denn auch die bürgerlichen Sozialpolitiker, daß durch eine Steigerung der sozialpolitischen Fortschritte die Werbekraft der Arbeiterorganisationen verblasen müsse. Doch stärker noch, als die bürgerlichen Bestrebungen in der Sozialpolitik, sind die Bestrebungen, den wirtschaftlichen Kampf der arbeitenden Klassen unwirksam zu machen oder doch zu erschweren. Vorzüglich drückt **Graf Posadowsky** das so aus: „Natürlich ist es Aufgabe des Staates, Ruhe und Ordnung und die Rechtssphäre jedes einzelnen Arbeiters zu schützen.“ Es ist der Arbeitswilligenschutz, der helfen soll.

Ganz entschieden aber muß die Behauptung zurückgewiesen werden, daß die maßgebenden Kreise der kapitalistischen Gesellschaft sich nunmehr wirklich und gründlich um das Los der ärmeren, d. h. arbeitenden Volksklassen kümmern. Das könnte höchstens in dem Sinne Geltung haben, daß man sich gründlich darum gekümmert hat, das Los der arbeitenden Volksklassen durch eine volksfeindliche Steuerungspolitik noch erheblich zu verschlechtern. Aber die Arbeiterfeinde stellen es so dar, als bedeute der geringe Fortschritt in der Sozialpolitik eine gründliche Abhilfe der unsozialen Lage des Volkes, um zu verhindern, daß es in der Tat zu wirklichen Zugeständnissen kommt. Die schlimmsten Arbeiterfeinde gehen noch einen Schritt weiter und behaupten, daß durch die bisherige Sozialpolitik den Arbeitern Schutz vor Sorge und Not gegeben sei. In der Generalversammlung 1911 des Bergbaulichen Vereins für das Ruhrgebiet wurde u. a. gesagt:

„Wenn der Staat seinen Bürgern durch die Versicherung eine auskömmliche Lebenshaltung, Schutz vor Sorge und Not schafft, dann ist er auch berechtigt, allen Unternehmern des Unterzuges mit doppelter Entschiedenheit entgegenzutreten.“

So soll die Sozialpolitik nicht nur gegen die Arbeiterbewegung ausgespielt werden, sie soll auch den Vorwand abgeben für eine gewalttätige ausnahmegesetzliche Verhinderung der proletarischen Selbsthilfe. Entbehrung und Abhängigkeit sollen das Los der arbeitenden Klassen sein und bleiben, so wollen es die bestehenden und herrschenden Klassen.

Rundschau.

Der Verleger der **Schnurrömer**, der leider zu sehr bekannten **Nic-Carter**- und **Buffalo-Bill**-Feste, **Eichler** in Dresden, ist vor wenigen Tagen freiwillig aus dem Leben geschieden. Seine Schundliteratur erschien nicht nur in deutscher, sondern auch in französischer, holländischer, italienischer, polnischer und ungarischer Sprache. Als das Geschäft noch im Schwange war, gingen wöchentlich bis 80 000 Feste von Dresden in alle Welt hinaus. Die Verlagsprodukte **Eichlers** haben in unreifen Köpfen viel Unheil und Verderben angerichtet und trieben den Verleger schließlich selbst in den Ruin. Der Kampf gegen die Schundliteratur setzte seinem Unternehmen hart zu, er verlor auch die Ueberlicht über sein vielverzweigtes Geschäft, und so kam es zum Zusammenbruch und zum Selbstmord des Unternehmers.